

Mit der Amtsübernahme von Susilo Bambang Yudhoyono am 20. Oktober als sechstem Präsidenten des unabhängigen Indonesiens seit 1945 und fünftem Staatsoberhaupt in den nur sechs Jahren seit Beginn der turbulenten politischen „Reformasi“-Bewegung 1998 ging das für die Konsolidierung der jungen indonesischen Demokratie bedeutende Superwahljahr 2004 im viertgrößten Land der Welt zu Ende. Die Indonesier schafften es nicht nur, in der nach Einschätzung internationaler Beobachter weltweit „größten und komplexesten Wahl, die jemals an einem einzigen Tag abgehalten wurde“, gleich mehrere Ebenen von Legislativorganen weitgehend problemlos neu zu besetzen. Es gelang ihnen überdies, als erstes islamisches Land überhaupt ihr neues Staatsoberhaupt erstmals in direkter Wahl zu bestimmen und den Präsidenten so mit einer in der Geschichte Indonesiens nie zuvor erreichten demokratischen Legitimität auszustatten. Verfassungsänderungen, die zu mehr Bürgerbeteiligung an der politischen Willensbildung führen sollen, wurden wirksam. Die Parteienlandschaft erfuhr im Wahljahr einzelne, in ihrer langfristigen Konsequenz möglicherweise entscheidende Änderungen, weil klar wurde, dass die indonesische Wählerschaft nicht mehr länger bereit ist, Phrasen und Versprechungen von Politikern zur Grundlage ihres Votums an der Urne zu machen. Die politische Reifung der Bevölkerung hat zweifellos Fortschritte gemacht, denen die Mehrzahl der politischen Entscheidungsträ-

Norbert Eschborn **Indonesien am Ende des Superwahljahres 2004: Neue Gesichter, neue Hoffnung?**

■ Executive Summary

For Indonesia, 2004 was the most important year in political terms since the overthrow of Suharto's dictatorship in 1998. After 1955 and 1999, this was only the third free parliamentary election since independence, and together with the first direct election of the country's president this marked an important step in Indonesia's process of transition towards democracy, a process that confronted the country with a number of political, economic, and social problems that had remained at least partially unresolved since the beginning of the so-called Asian crisis in 1997/98. It was lack of progress in coping with these difficulties, among which poverty, mass unemployment, corruption, and legal uncertainty are the most prominent, which deprived the former president, Mrs. Megawati Sukarnoputri, of her office after only three years at the head of the state. In a landslide poll that was spectacular in its dimensions, the Indonesian voters punished the daughter of the legendary founder of the state, Mr. Sukarno, by terminating her political career for the time being. They replaced her with a former general, Mr. Susilo Bambang Yudhoyono, a strategist with previous experience in the business of government, the sixth president to take the oath of office since the state was founded in 1945, and, in October, the fifth president to take office in the last six years.

The elections left their mark on Indonesia's political landscape inasmuch as smaller, recently-founded parties were able to make their way at the expense of

the established secular and religious parties. Moreover, the legislative period from 2004 to 2009 will be the first in which there will be no MPs representing functional groups, deputies appointed by the police and the military, a novelty in Indonesia which markedly enhances the democratic legitimation of the house of representatives. There is one key insight that has emerged during this super election year: Voters are obviously no longer prepared to content themselves with listening to hollow phrases or believing in empty promises. This increase in political maturity marks the most important progress made by the reform movement in recent years. Its impact was felt mainly by the two big secular movements, namely the Golkar party, which used to be Suharto's, and Megawati's own PDI-P. Both parties are now about to enter on a process of realignment which might, among other things, lead to changes in their respective leadership. Despite the upheaval, the question of whether or not Indonesia's political parties are potentially capable of transforming themselves into genuine catchall movements attracting the loyalty of large numbers of voters will depend on whether their internal development will follow democratic lines in the future, instead of relying – as before – on traditional systems of patronage and 'money politics'.

Will parliament and government be capable of meeting the more demanding expectations of the people? Figuratively speaking, President Yudhoyono was carried into office riding a wave of general approval and trust. The goodwill bonus he enjoys at the beginning of his term is practically unmatched by any of his predecessors. On the other hand, the cabinet team he presented was not received with euphoria. Next to applying the modern instruments of political PR work, which were used in this year's elections to a markedly greater extent than ever before in Indonesia, it is now the government's most important task to provide unambiguous political leadership, paving the way for forward-looking decisions in crucial political areas to ensure the political stability and economic recovery of the country. The results of all this will show whether Indonesia, the world's most populous Muslim country, will once again become a strategic partner of the West and a model for the democratisation of the Islamic world.

ger in diesem Umfang erst noch gerecht werden müssen. Ob dies gelingen wird, hängt davon ab, ob es die neue Administration schafft, nicht nur die seit der Asienkrise nach wie vor drängenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, sondern vor allem auch die traditionellen Krebsübel der indonesischen Politik, allen voran die Korruption, zumindest ansatzweise glaubwürdig und wirksam zu bekämpfen. „Wenn alles gut geht, kann Indonesien ein gutes Beispiel sein, ein gutes Modell für einen Islam, der mit Demokratie vereinbar ist“¹⁾, so fasste Präsident Yudhoyono die allgemeinen Hoffnungen zusammen. Wie auch immer sich das Land in den kommenden fünf Jahren entwickeln wird – schon jetzt steht fest: nicht nur die islamische Welt, sondern ganz Asien und vor allem der Westen sollten Indonesien wiederentdecken.

1) *Time*, 15. November 2004, S. 55.

■ Der Anfang vom Ende Megawatis

Die personellen Veränderungen an der Staatsspitze und die Gewichtsverschiebungen im Repräsentantenhaus Indonesiens, die das Jahr 2004 mit sich brachte, kamen einem über mehrere Phasen hinweg angekündigten, in seinem Umfang jedoch überraschend starkem politischen Erdbeben gleich. Wer noch Ende 2003 die Prognose gewagt hätte, dass Indonesiens damalige Staatschefin bei den im Folgejahr anstehenden Präsidentschaftswahlen ernsthaft um ihre Position würde bangen müssen, wäre von den so genannten Kennern der innenpolitischen Szene belächelt worden. Indonesische Politik ist jedoch äußerst komplex, von hoher Unberechenbarkeit gekennzeichnet und entzieht sich daher regelmäßig den Versuchen in- und ausländischer Beobachter, sie unter systematischen Kriterien analysieren und vermitteln zu wollen.

Sie war die Lichtgestalt der politischen Reformbewegung Indonesiens schon vor dem Sturz des Diktators Suharto 1998. Ihr Name und ihre Stellung als Tochter des noch immer hoch angesehenen Staatsgründers waren mehr als nur die Eintrittskarte für das höchste Amt im Lande. Sie war die erste Frau an der Spitze des bevölkerungsreichsten islamischen Landes der Welt und galt den Indonesiern als Symbol für die Einführung von Demokratie und die Wahrung von Menschenrechten. Durch ihre Amtsübernahme allein schien der Weg zurück in die Normalität für das krisengeschüttelte Indonesien leichter zu werden. Auf ihren tausendfach verbreiteten offiziellen Porträts blickte sie mit gütig-großmütterlichem Lächeln auf ihre Landsleute herab, so als ob alles schon von allein wieder gut werde.

Mit dieser Illusion einer temporär heilen Welt war es jedoch bald vorbei. 19 Monate nach ihrem Einzug in den Präsidentenpalast in Jakarta und eineinhalb Jahre vor den nächsten Präsidentschaftswahlen musste Megawati Sukarnoputri erleben, dass die Menschen auf den Straßen der Hauptstadt ihr Konterfei mit Schmutz bewarfen. Die Tochter des Staatsgründers Sukarno schäumte nach eigenen Worten vor Wut, als sie dies erstmals beobachten musste. Sie sehe zu gut aus, um so behandelt zu werden, ließ die Präsidentin verlauten.

Seit der Unabhängigkeit Indonesiens im Jahr 1945 gab es einschließlich Megawati insgesamt fünf Staatsoberhäupter, davon allein vier in den drei Jahren von 1998 bis 2001. Schon dieser Sachverhalt zeigt, dass es keinem der Präsidenten seit 1998, die dem drei Jahrzehnte lang autoritär regierenden Suharto nachfolgten, überzeugend gelang, politische Stabilität herzustellen. Aufgrund wirtschaftlicher und innenpolitischer Krisen lastete auch auf Präsidentin Megawati großer Erwartungs- und Erfolgsdruck. Nach der Amtsenthebung des Präsidenten Abdurrahman Wahid durch die Beratende Volksversammlung (MPR) und der Regierungsübernahme durch Megawati und ihren Vizepräsidenten Hamzah Haz Mitte 2001 versprachen sich die Indonesier von der ersten Frau im Staat einen Weg aus der Krise und eine schnell fortschreitende Demokratisierung. Trotz einiger weniger Fortschritte blieben dennoch die politischen und vor allem die ökonomischen Resultate insgesamt hinter den Erwartungen der Bevölkerung zurück, und die Hoffnung, die anfangs in Megawati gesetzt wurde, schlug schon seit Anfang 2003 allmählich in Unmut und Enttäuschung über ihre Regierung um.

Ein Hauptpunkt der Kritik an der Präsidentin war ihre anscheinende Unentschlossenheit bei der Durchsetzung wichtiger Reformen. Dies zeigte sich z.B. bei den Debatten über eine Kürzung staatlicher Subventionen für Energie- und Telekommunikationskosten, die auf Empfehlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Bekämpfung der Staatsschulden verordnet wurde. Diese unpopuläre Maßnahme, die massive Preissteigerungen nach sich gezogen hätte, sahen führende Ökonomen des Landes als Chance zur Einsparung erheblicher Summen im Staatshaushalt. Doch um diesen wirtschaftlichen Schritt politisch durchzusetzen, fehlte Megawati einmal mehr das nötige Geschick. Zum einen ließ sie die Preissteigerungen genau einen Tag nach einer gigantischen Geburtstagsparty ihres Mannes Taufik Kiemas in einem Luxushotel auf Bali bekannt geben, und zum anderen vermied sie es, die Bevölkerung direkt anzusprechen und ihr Vorgehen auch den sozial schwachen Schichten, die täglich ums Überleben zu kämpfen haben, plausibel zu erklären. Sie las die für sie zu diesem Anlass verfasste Rede zwar selbst vor, wirkte aber unpersönlich und überließ die nähere Erläute-

rung der Notwendigkeit der Preissteigerungen ihren Ministern. Das Vorhaben führte zu anhaltenden Demonstrationen, die Arbeiter, Studenten, Demokratieaktivisten und Wirtschaftsvertreter im ganzen Land vereinten und sich somit zur ersten großen Herausforderung des neuen Jahres für Megawati entwickelten. Doch ihre harte Politik, deren objektive Notwendigkeit nicht von der Hand zu weisen war, hielt nicht lange an. Drei Wochen nach der Verkündung knickte Megawati aufgrund der anhaltenden Proteste ein, und die Preissteigerungen wurden größtenteils zurückgenommen. Kritiker warfen ihr deswegen eine unprofessionelle Vorgehensweise sowie einen Mangel an Durchsetzungskraft vor, die nötig gewesen wäre, um unpopuläre, aber dringend notwendige wirtschaftliche Reformen durchzuführen.

Obwohl viele Regierungskritiker der Meinung waren, dass Megawati ihre Repräsentationsfunktion für den Staat vorzüglich ausübte, blieb die Kritik bestehen, sie sei nicht fähig, exekutive politische Managementaufgaben auszuführen. In der Regel nahm sie zu wichtigen Themen öffentlich nicht Stellung oder sie scheute sich, den unerlässlichen Kontakt zum Volk zu suchen. Auch mied sie häufige Zusammentreffen mit Politikern, Journalisten, Staatsbeamten und Geschäftsleuten. Genau dieses Defizit versuchte ihr Ehemann Taufik Kiemas nur zu gern auszugleichen. Er schlüpfte ohne Unbehagen regelmäßig in ihre Rolle, sprach als „First Gentleman“ für die Präsidentin und nahm ihr auch sonst unliebsame Aufgaben ab. Schon lange galt er in den Medien als inoffizieller „Mr. President“. Doch wohin sollte diese Art von Politik führen?

Zugleich mit den Massen-Antiregierungskundgebungen gegen die drastischen Preiserhöhungen formierte sich bereits Anfang 2003 eine Gruppe von Regierungskritikern, die eine vorzeitige Ablösung Megawatis befürworteten. Auf Einladung von Eros Jarot, dem Vorsitzenden der Bung Karno Nationalist Party (PNBK)²⁾, kam es zu einem Treffen von Führern verschiedener Gruppen und Parteien, um sich in dieser Angelegenheit zu beraten. Ein nationales Präsidium solle Megawati und Vizepräsident Hamzah ersetzen, lautete die wenig realistische Forderung der Teilnehmer. Laut Presseberichten sollten Amien Rais, Sprecher der MPR und Topgegner Megawatis, sowie

2) Es handelt sich um eine der jüngeren Partieneugründungen, die sich in ihrem Namen ironischerweise auf Megawatis Vater, „Bung“ (eine Form der Anrede für hochgestellte, männliche Persönlichkeiten) „Karno“ (Kurzform für Sukarno), beruft.

der ehemalige Präsident Abdurrahman Wahid bereits eingeladen worden sein, den Vorsitz dieses Komitees zu übernehmen. So realitätsfern diese Vorgehensweise war, spiegelte sie aber doch den wachsenden Unmut der politischen Klasse Indonesiens über Megawati wider. Nur das Bewusstsein, dass eine Amtsenthebung der Präsidentin große politische Gefahren in sich bergen und das Land erneut in ein Chaos stürzen würde, hielt die politische Elite davon ab, zum damaligen Zeitpunkt allzu hart gegen die Präsidentin vorzugehen. Bemerkenswert war, dass auch der Oberbefehlshaber der indonesischen Streitkräfte einen Tag nach jenem Oppositionsmeeting während eines Treffens von über 560 Militärführern aus allen Provinzen des Landes in einer kryptisch anmutenden Rede vor geheimen Absprachen und vor einer nicht legitimierten Amtsenthebung der Präsidentin warnte. Er ermahnte das Militär zu besonderer Wachsamkeit in allen Provinzen, um solche Bewegungen von Beginn an zu verhindern. Einige Beobachter interpretierten dies als vorläufige Absage an jene unzufriedenen Teile der Streitkräfte, die sich möglicherweise Putschgelüsten hingeeben haben könnten.

Neben diesen Gruppen, die eine Ablösung Megawatis forderten, blühten aber anscheinend auch solche, die sich nach dem alten autoritären Regime von Suharto zurücksehnten. Viele Bevölkerungsschichten verbinden damit noch immer Stabilität und die Schutz- und Ordnungsfähigkeit des Staates. Da sich die Wirtschaftsprobleme während der Demokratisierung aus vielen Gründen nur vergrößert haben, drohten viele Menschen in ihren Erwartungen an die Demokratie enttäuscht zu werden und zu einer Verklärung des alten Systems zu neigen. Um die Situation in absehbarer Zeit in den Griff zu bekommen, wäre es seinerzeit Megawatis wichtigste Aufgabe gewesen, glaubwürdig Kontakt zur Bevölkerung aufzubauen und sich ernsthaft vor allem der sozialen Belange anzunehmen.

Darauf bestand aber wenig Hoffnung. Die Tochter Sukarnos hatte weder das rhetorische Talent ihres Vaters noch gar sein legendäres Charisma geerbt, von dem insbesondere ältere Indonesier, die den Staatsgründer selbst erlebt haben, noch heute schwärmen. „Mega“ oder „Ibu [Mutter] Mega“, wie sie gewöhnlich von den Menschen genannt wurde, galt schon als

Stellvertreterin (1999–2001) Abdurrahman Wahids, des blinden „Präsidenten, der nicht sehen kann“, als die „Vizepräsidentin, die nicht sprechen kann“. Ihre Kommunikationsunfähigkeit war legendär und nicht allein mit einer Scheu vor der Öffentlichkeit zu begründen. Die Einsicht in die Notwendigkeit, z.B. einen erfahrenen Medienprofi als Regierungssprecher, als Bindeglied und kommunikativen Vermittler zwischen ihr und dem Rest des Landes einzusetzen, fehlte ihr gänzlich. Während sie in der persönlichen Begegnung durchaus sympathisch wirkte, blieb dieser Effekt gerade gegenüber den Massen einfacher Menschen und auch bei ihren Medienauftritten weitgehend aus.³⁾ Nicht selten erweckte sie deshalb den Eindruck, als ob sie selbst die Präsidentschaft weder angestrebt habe noch das Amt mit seinem gesamten Pflichtenpektrum gern ausübe. Ihre immer dünnhäutiger werdenden Reaktionen auf kritische Medienberichterstattung über Mängel der Regierungsleistung sowie ihr eigenes Fehlverhalten deuteten darauf hin, dass sie sich langsam der Gefahren bewusst wurde, die ihr mit Blick auf die Wiederwahl von diesen Defiziten drohten. Wenig hilfreich wirkte ihre zornerfüllte Kritik an ihrem angeblich inkompetenten Kabinett und dem übrigen Regierungsapparat. Zwar verfügte sie mit ihrer Partei PDI-P über eine breite landesweite politische Basis und war in Umfragen 2003 noch die populärste Figur unter den Spitzenpolitikern. Dies allein aber schien schon damals bei weitem keine Garantie für einen Wiedereinzug in den Präsidentenpalast zu sein.

Der Imageschaden, den sie dem Anliegen der Frauen in der indonesischen Politik durch ihr eigenes negatives Beispiel seit damals und dauerhaft zugefügt hat, dürfte beträchtlich sein. Ohnehin war sie nie eine der „brüllenden Tigerinnen Asiens“, d.h. ein Mitglied der Gruppe jener derzeit auf dem Kontinent regierenden, dynamischen weiblichen Staats- und/oder Regierungschefs, obgleich man sie aus der Perspektive des Westens gelegentlich und in Verkennung der politischen Alltagsrealitäten ihres Landes noch bis zuletzt als solche ansah.⁴⁾ Indonesiens damals erste Frau trägt einen Namen, „Mega“, der in der javanischen Sprache „Wolke“ bedeutet. In seinen einer ausländischen Journalistin in die Feder diktierten Lebenserinnerungen⁵⁾ weist Vater Sukarno darauf hin, er

3) Ein vor zwei Jahren erschienenes Buch eines früheren leitenden Mitarbeiters ihres Amtsvorgängers, des Präsidenten Wahid, skizziert Megawati als nahezu unpolitisch denkende Gestalt, die bei Kabinettsitzungen nicht aus Höflichkeit schweige, sondern weil sie nichts zu sagen habe, und attestiert der rundlichen 57-Jährigen allenfalls auf dem Gebiet der indonesischen Küche umfassende Kompetenz; vgl. Wimar Witoelar, *No Regrets: Reflections of a Presidential Spokesman*, Equinox, Jakarta 2002.

4) Vgl. Andrea Fleschenberg, „Asia's Roaring Tigresses – Frauen an die Macht im Superwahljahr 2004?“, in: *Asien* (Oktober 2004) 93, S. 80–87, 80.

5) Sukarno, *Autobiography as Told to Cindy Adams*, Indianapolis 1965.

habe seiner Tochter diesen Namen gegeben, weil zur Stunde ihrer Geburt ein schweres Gewitter nieder-ging und dunkle Wolken über ihrer Geburtsstadt Yogyakarta hingen. Es schien sich schon vor dem Superwahljahr anzudeuten, dass solche dunklen Wolken auch die Zukunft ihrer Präsidentschaft verfälschen würden.

■ **Wende I: Parlamentswahlen**

Politische Rahmenbedingungen

Die Urnengänge des 5. April 2004 bezogen sich nicht nur auf das Repräsentantenhaus der Republik Indonesien (DPR-RI), sondern umfassten darüber hinaus die Besetzung

- des neu geschaffenen Regionalrates (Dewan Perwakilan Daerah), in den jede der 32 Provinzen Indonesiens⁶⁾ vier Vertreter entsendet und der bei Gesetzesvorhaben zur Regionalautonomie, dem Verhältnis zwischen Zentralregierung und Regionen und dem Naturressourcenmanagement beteiligt werden kann;
- der Parlamente der Provinzen (DPR-D I) sowie
- der Parlamente der Regierungsbezirke und Städte (DPR-D II).

Während das DPR-RI in insgesamt 69 Wahlbezirken landesweit mit jeweils mehreren Kandidaten gewählt wurde, gab es für die 32 Provinzparlamente über 200 und für die 440 Regierungsbezirks- und Stadtparlamente über 1740 Wahlbezirke mit jeweils mehreren Kandidaten. Praktisch bedeutete dies, dass jeder Wahlberechtigte seine Stimme in vier verschiedenen Wahlvorgängen abgeben konnte und die nationale sowie die Provinz- und Bezirkswahlkommissionen insgesamt über 2280 verschiedene Wahlzettel zu erstellen hatten, die bei einer Gesamtanzahl von über 150 Millionen Wahlberechtigten in einer Auflage von 660 Millionen Stück vorzuhalten waren. Diese organisatorische und logistische Meisterleistung wurde im Nachgang – trotz unvermeidlicher Pannen und Probleme – vornehmlich von internationalen Wahlbeobachtern entsprechend gewürdigt, während die nationale Wahlkommission Indonesiens (Komisi Pemilihan Umum, KPU) aus dem Inland in der Regel mehr oder weniger stark kritisiert wurde.

6) Am 22. September 2004 wurde durch Beschluss des Repräsentantenhauses die neue Provinz West-Sulawesi geschaffen, so dass sich die Anzahl der Provinzen inzwischen auf 33 erhöht hat.

Die politische Bedeutung der indonesischen Parlamentswahlen 2004 ist in vieler Hinsicht größer als die der Wahlen von 1999. Diese galten gemeinhin als erster Schritt des Landes in seinem demokratischen Transitionsprozess, nachdem zuvor nur 1955 wirklich freie Wahlen stattgefunden hatten.

2004 jedoch konnte das Land bereits auf einen umfangreichen, abgeschlossenen Verfassungsreformprozess zurückblicken, der sowohl das politische System als auch dessen institutionelle Struktur nachhaltig verändert hatte. Am Ende dieses Weges stand ein politisches Modell, das dem in der Verfassung von 1945 vorgezeichneten Präsidialsystem sehr viel mehr entsprach als das, was bis dahin als solches bezeichnet wurde, worin jedoch der Präsident nicht direkt von der Bevölkerung, sondern mittelbar durch eine parlamentarische Versammlung bestimmt worden war.

Charakteristisch für die Wahlen von 2004 zum Repräsentantenhaus ist auch der große Zuwachs an neuen Mitgliedern: zum einen war die gesetzliche Mitgliederzahl von 500 auf 550 erhöht worden; zum anderen gab es keine Zuweisung einer bestimmten Anzahl von Sitzen mehr an sogenannte funktionale Gruppen, d.h. nicht gewählte Militär- und Polizeivertreter. Diese hatten in der vorangegangenen Legislaturperiode 38 Abgeordnete gestellt, so dass der Nettozuwachs an gewählten Volksvertretern zwischen 15 und 20 Prozent gegenüber dem alten Parlament lag. Berücksichtigt man zusätzlich, dass von den 462 gewählten Mitgliedern der Legislaturperiode 1999-2004 nur 134 die Wiederwahl schafften, erhöht sich der Anteil der Parlamentsneulinge nochmals beträchtlich.

Ergebnisse und Bewertung

Der 5. April 2004 könnte als Datum eines Wendepunktes in die jüngere Geschichte Indonesiens eingehen, denn bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus ihres Landes an diesem Tag stellte die indonesische Wählerschaft ihre politische Reife unter Beweis. Die Quintessenz lautete: Die Menschen erwarten eindeutig mehr von ihren politischen Führern als bisher und brachten dies durch die erheblichen Verluste für die Regierungspartei PDI-P von Präsidentin Megawati Sukarnoputri, das Übergehen anderer etablierter politischer Kräfte, aber vor allem durch signifikante Ge-

winne für einige neue Parteien deutlich zum Ausdruck. Gewünscht wurde der politische Wechsel mit neuen Gesichtern, deutlich stärkerer Führung und Entscheidungswillen sowie eine messbare Entschlossenheit, die Kernprobleme des Landes offensiv und mit kreativen Lösungen anzugehen.

Wahlberechtigt waren über 147 Millionen Indonesierinnen und Indonesier und damit über 20 Millionen Menschen mehr als bei den letzten allgemeinen Wahlen 1999. Der Großteil der zusätzlichen Wahlberechtigten waren Jung- bzw. Erstwähler. Die Wahlbeteiligung lag bei rund 77 Prozent. Am Wahltag selbst blieb es weitestgehend ruhig, abgesehen von vereinzelten Störungen des Wahlvorgangs in der Unruheprovinz Aceh. Westliche Beobachter waren mit dem Verlauf der Wahlen im Allgemeinen zufrieden, die Beanstandungen blieben minimal. Hingegen kritisierten indonesische Nichtregierungsorganisationen zahlreiche vermeintliche Verstöße gegen Wahlvorschriften, zumeist fehlende Eintragungen von Wahlberechtigten in die Wählerverzeichnisse und, damit verbunden, Probleme bei der Ausübung des Wahlrechts.

7) Aufgeführt werden nur zehn von insgesamt 17 der zur Wahl zugelassenen 24 Parteien, die bei der Gewinnung von Mandaten erfolgreich waren. Die Unterschiede in der Reihenfolge der Parteien nach Anzahl der absoluten Stimmen bzw. der gewonnenen Mandate ergeben sich aus der Tatsache, dass die indonesischen Wahlbezirke kein einheitliches demografisches Profil haben und daher – im Gegensatz etwa zu den entsprechenden Bestimmungen im deutschen Wahlrecht – zum Gewinn eines Mandats nicht unbedingt überall eine vergleichbare Stimmenanzahl notwendig ist.

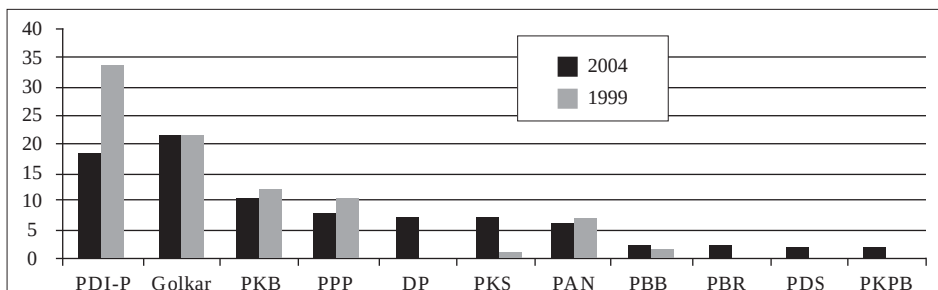
■ Ergebnisse der Wahl zum Repräsentantenhaus der Republik Indonesien (DPR-RI)⁷⁾ Wahlperiode 2004-2009

Rang*	Partei	Vorsitzende/r bzw. assoziierte Führungspersonlichkeit	Stimmen absolut	Stimmen in Prozent	Mandate (ges. 550)
1	Golkar	Akbar Tandjung (ehemaliger Präsident des Repräsentantenhauses, 1999–2004)	24480757	21,58	127
2	Indonesian Democratic Party of Struggle (PDI-P)	Megawati Sukarnoputri (ehemalige Präsidentin der Republik Indonesien, 2001–2004)	21026629	18,53	109
3	National Awakening Party (PKB)	Abdurrahman Wahid (ehemaliger Präsident der Republik Indonesien, 1999–2001)	1989564	10,57	52
4	United Development Party (PPP)	Hamzah Haz (ehemaliger Vizepräsident der Republik Indonesien, 2001–2004)	9248764	8,15	58

Rang*	Partei	Vorsitzende/r bzw. assoziierte Führungspersönlichkeit	Stimmen absolut	Stimmen in Prozent	Mandate (ges. 550)
5	Democratic Party (DP)	Susilo Bambang Yudhoyono (ehemaliger Koordinierender Minister für politische und Sicherheitsangelegenheiten im Kabinett Megawati, 2001–2004; Präsident der Republik Indonesien, seit 2004)	8455225	7,45	56
6	Prosperous Justice Party (PKS)	Hidayat Nur Wahid (Sprecher der Beratenden Volksversammlung/MPR, seit 2004)	8325020	7,34	45
7	National Mandate Party (PAN)	Amien Rais (ehemaliger Vorsitzender der Beratenden Volksversammlung, 1999–2004)	7303324	6,44	53
8	Crescent Star Party (PBB)	Yusril Ihza Mahendra (ehemaliger Justizminister im Kabinett Megawati, 2001–2004; Leiter des Staatssekretariats im Kabinett Yudhoyono, seit 2004)	2970487	2,62	11
9	Reform Star Party (PBR)	Zainuddin MZ	2764998	2,44	14
10	Prosperous Peace Party (PDS)	Ruyandi Hutasoit	2 414 254	2,13	13
11	Concern for the Nation Functional Party (PKPB)	H.R. Hartono bzw. Siti Hardijanti Indra Rukmana (Tochter des ehemaligen Präsidenten Suharto)	2399290	2,11	2

* Nach Anzahl der absoluten Stimmen; Quelle: Indonesische Nationale Wahlkommission (KPU), entnommen von der Website der Jakarta Post, http://www.thejakartapost.com/Pres_Leg_Tally.htm

Aus den prozentualen Stimmenanteilen ergibt sich folgende Gewinn- und Verlustrechnung der Parteien im Vergleich zur Wahl des Repräsentantenhauses 1999:



Obwohl die ehemalige Suharto-Partei Golkar ihren prozentualen Stimmenanteil gegenüber 1999 nicht erhöhen konnte, war sie angesichts der erdrutschartigen Verluste von Megawatis PDI-P die Wahlsiegerin. Im Vergleich zu 1999 erlitt Golkar in 20 der 32 Provinzen sogar Stimmenverluste, konnte diese aber durch Gewinne in den zwölf anderen Provinzen kompensieren. Schlimmer traf es die PDI-P, die in allen Provinzen zum Teil schmerzhaft Einbußen hinnehmen musste. Die anderen drei der bis 2004 fünf stärksten Parteien im Parlament – PKB, PPP und PAN – konnten ihre Positionen bei vergleichsweise geringen Verlusten halten.

Ein wichtiges Ergebnis der Wahl 2004 ist, dass die Bindungswirkung der bisherigen großen Parteien offensichtlich nachlässt. Die hohe Anzahl der früheren PDI-P-Wähler wanderte nicht geschlossen zu einer anderen politischen Kraft ab; insbesondere Golkar, die im Vorfeld des Urnengangs u.a. von den Demoskopern in der Hoffnung gewiegt worden war, diese Wählergruppe für sich gewinnen zu können, scheiterte dabei. Fast die Hälfte aller Mandate werden jetzt von Parteien in der Größenordnung von acht bis zehn Prozent der Stimmen gehalten. Gleichzeitig ist der relative Mandatsabstand zwischen diesen mittelgroßen und den beiden größten Fraktionen geringer geworden. Auch die Verringerung der Anzahl der Kleinstparteien konnte erreicht werden; in der neuen Legislaturperiode wird es im Repräsentantenhaus nur noch vier Parteien mit je einem Mandat und sechs Parteien mit je zwei bis 13 Sitzen geben. Dadurch sind im Parlament insgesamt nur noch 17 statt bisher 21 politische Kräfte vertreten, was auf Änderungen des Wahlrechts zurückzuführen ist, die sich zuungunsten kleinerer Parteien auswirken. Während im alten Parlament im Wesentlichen fünf Parteien die politische Kontrolle ausübten (mit der PDI-P als mit Abstand größter Fraktion), werden es in der Periode 2004-2009 sieben Parteien sein, d.h. zwei annähernd gleich große auf hohem und fünf annähernd gleich große auf niedrigerem Stimmenniveau.

Berücksichtigt man nur die bisher zehn stimmenstärksten Parteien und greift zu der in Indonesien üblichen Kategorisierung der politischen Kräfte in ein säkulares und ein religiöses Lager, so ergäbe sich eine leichte Umschichtung im Umfang von etwa sechs

Prozent der Wählerstimmen vom säkularen Lager (Golkar, PDI-P und die neuen Parteien DP und PKBP) hin zum religiösen Lager (PKB, PPP, PKS, PAN, PBB und PBR). Diese Sicht verstellt allerdings den Blick auf die Tatsache, dass dieser Zugewinn nur theoretisch besteht und das Stimmenplus voll auf das Konto der neuen Partei PKS geht.

Das Wahlergebnis aus dem Blickwinkel der Parteien

- Das Ergebnis war die erwartete Niederlage für die PDI-P, fiel allerdings in ihrem Ausmaß so extrem aus, dass man nur von einer Abstrafung sprechen kann. Es war die persönliche Niederlage Megawatis und eine Abrechnung mit der insgesamt als miserabel empfundenen Regierungsleistung der PDI-P, deren Personifizierung sie war. Mängel der Regierung lagen vor allem in der nur schleppenden wirtschaftlichen Konsolidierung, der nicht bewältigten Massenarbeitslosigkeit (bis zu 45 Millionen Betroffene), der nach wie vor weit verbreiteten Armut und dem fehlenden politischen Willen zur Bekämpfung der allgegenwärtigen Korruption. Hauptgründe für ihre Niederlage waren Megawatis Unfähigkeit, mit der breiten Bevölkerung zu kommunizieren, und das Fehlen markanter politischer Visionen und Zielvorstellungen sowie ihre Entscheidungsschwäche. Sie wurde bei weitem nicht immer als diejenige wahrgenommen, die bestimmt, was in Indonesien geschieht und welchen Weg die PDI-P geht. Der Wunsch nach politischem Wechsel ist, deutlich stärker als noch im Vorwahljahr, mit Händen zu greifen.
- Golkars Ergebnis war insgesamt enttäuschend und auch eine Niederlage für die Demoskopen, die das zumeist völlig anders vorausgesehen und die Partei nahe der 30-Prozent-Marke angesiedelt hatten. Die Rolle als stärkste Fraktion im neuen Repräsentantenhaus fiel der Partei trotzdem in den Schoß. Das war um so erstaunlicher, als das frühere Machtvehikel Suhartos im Kabinett Megawati in maßgeblichen Ressorts durch führende Parteirepräsentanten politische Verantwortung trug, beispielsweise in der Person des ehemaligen Koordinierenden Ministers für soziale Angelegenheiten und neuen Vizepräsidenten

ten, M. Jusuf Kalla. Die Partei hätte unter anderen Umständen vielleicht besser abgeschnitten, litt aber unter einem Attraktivitätsdefizit, u.a. weil ihr Vorsitzender, der damalige Präsident des Repräsentantenhauses, Akbar Tandjung, nicht nur als Belasteter aus der Suharto-Zeit galt, sondern vor allem auch, weil er wegen seines unter fragwürdigen Umständen erfolgten Freispruchs von einem Korruptionsvorwurf durch den Obersten Gerichtshof Anfang des Jahres vielen Indonesiern offenbar einfach nicht wählbar erschien.

Auffällig war das gute Abschneiden kleinerer und neuer Parteien zu Lasten etablierter Kräfte.

- Einer von zwei Gewinnern des Urnengangs ist die Demokratische Partei (DP) mit ihrer Gailionsfigur, dem Ex-General Susilo Bambang Yudhoyono, eines auch im Westen angesehenen Politikers, der bis zum 11. März als Koordinierender Minister für politische und Sicherheitsfragen dem Kabinett Megawatis angehörte und im März (nach Meinung mancher Beobachter gerade rechtzeitig zum Wahlkampfbeginn) aus Protest gegen seine angebliche Ausgrenzung von wichtigen Kabinettsentscheidungen durch die Präsidentin von seinem Amt zurücktrat. PDI-P-Größen (vornehmlich Megawatis Ehemann Taufik Kiemas, der als Parlamentsabgeordneter eine führende Rolle in der Partei seiner Ehefrau spielt) hatten schon zuvor sein politisches Potenzial sowie die damit verbundene Gefahr für die Präsidentin erkannt und taten ihr Möglichstes, um den *rising star* in seinem Aufstieg zu behindern. Deshalb ist es erstaunlich, dass die von Yudhoyono als politische Maschine benutzte DP praktisch aus dem Stand ein hervorragendes Ergebnis eingefahren und vor allem in urbanen Zentren stark gewonnen hat (in der Hauptstadt Jakarta wurde sie nach der religiösen PKS zur zweitstärksten Fraktion im Stadtparlament). Die Sehnsucht vieler Wähler nach einem führungs- und entscheidungsstarken Präsidenten – ein Ideal, das der Ex-General „SBY“, wie er genannt wird, durch sein souveränes Auftreten verkörpert – dürfte dazu ebenso beigetragen haben wie sein Image als von Korruption weitgehend freie

politische Führungsgestalt. Gleichwohl bleibt unklar, wofür die DP im Unterschied zu anderen Parteien steht. Die Partei war 2001 von zumeist ehemaligen Angehörigen des Militärs und der Polizei gegründet worden; ihre Plattform konzentriert sich auf allgemeine ökonomische und soziale Fragen wie z.B. Arbeitslosigkeit. Ihr Erfolg beruht auf der konsequenten Ausnutzung des allgemeinen Wunsches nach neuen Gesichtern und bestätigt den personalisierenden Aspekt der indonesischen Politik. Attraktiv war sie nach ersten Erkenntnissen aber nicht nur für gebildete Schichten in den Städten, sondern auch für die signifikante Anzahl ethnisch chinesischer Wähler, die sich 1999 zumeist noch für die PDI-P entschieden hatten. Interessant ist, dass die neue DP in nahezu jedem der Wahlbezirke mindestens ein Mandat gewinnen konnte.

- Zweiter strahlender Gewinner dieser Wahl ist die religiöse PKS, eine Partei, die aus der früheren PK („Partai Keadilan“, d.h. Gerechtigkeitspartei) hervorgegangen ist. Es handelt sich um eine religiöse Partei, die aber keinen religiös orientierten Wahlkampf geführt hat, sondern sich in einer langfristig angelegten und offensichtlich äußerst erfolgreichen Strategie auf Aspekte wie Armuts- und Korruptionsbekämpfung konzentrierte. Dazu betrieben die überwiegend jungen Parteifunktionäre bereits seit über einem Jahr soziale Projekte, Nachbarschaftshilfe u.ä. Aktivitäten, die besonders bei den sozial Schwachen gut ankamen. Wie die PD Yudhoyonos, gewann auch die PKS sehr stark in Jakarta, wo die beiden großen Parteien PDI-P und Golkar im Stadtparlament von den Spitzenpositionen ins Mittelfeld abgesunken sind. PKS gab an, im Gegensatz zu den anderen Parteien keinerlei interessengebundene Spenden entgegengenommen zu haben, sondern sich ausschließlich aus Mitgliederzuwendungen zu finanzieren. Besonders erwähnenswert ist die auf die Langzeitwirkung angelegte Kampagne dieser Partei, die – im indonesischen Kontext eher ungewöhnlich – funktioniert hat, weil die Begleitumstände (Versagen der anderen etablierten, auch religiösen Parteien bei der Lösung von Kernproblemen) für die PKS begünstigend ge-

wirkt haben. Noch ist nicht abzusehen, ob die Partei in Zukunft erneut die Einführung der Scharia fordern wird, was für sie in der Vergangenheit eine Kernagenda war. Der bisherige Parteichef Hidayat Nur Wahid, ein u.a. in Saudi-Arabien ausgebildeter Universitätsdozent, war zwar bereits als Vorsitzender der PKS-Vorgängerpartei Partai Keadilan öffentlich in Erscheinung getreten, ist aber bisher politisch ein eher unbeschriebenes Blatt und beantwortete entsprechende Fragen eher sibyllinisch. Es ist denkbar, dass die Partei, den Erfolg ihrer jetzigen Langfrist-Strategie vor Augen, sich im Parlament zunächst als kritische „Stimme des Volkes“ positionieren will, um so gegebenenfalls eine noch breitere politische Basis aufzubauen. Wahid konnte, ohne Parlamentsveteran zu sein, sich und seiner Partei mit seiner Wahl zum Sprecher der Beratenden Volksversammlung (MPR) im Herbst 2004 als Nachfolger des persönlich zum Teil ähnlich strukturierten Amien Rais eine öffentlichkeitswirksame und protokollarisch hohe Position sichern, die er, dessen sind sich die Experten gewiss, für seine politischen Zwecke zu nutzen verstehen wird.

- Das Gesamtergebnis der anderen religiösen Parteien PKB, PPP, PAN und PBB ist wenig beeindruckend. Es belegt die bekannte, für Indonesien spezifische Wahrheit, dass eine weit überwiegend moslemische Wählerschaft durchaus nicht zwangsläufig überwiegend religiöse Parteien wählt. Ein guter Moslem kann scheinbar also auch sein, wer säkulare Parteien wie Golkar, PDI-P oder DP wählt. Zu dem insgesamt mageren Ergebnis für diese Parteiengruppe dürften mehrere Faktoren beigetragen haben:
- Die Erinnerung an die desaströse Amtszeit des ehemaligen Präsidenten Abdurrahman Wahid („Gus Dur“, 1999-2001): der frühere Staatschef profilierte sich im Wahlkampf gleichwohl als kämpferisch und entschlossen, nach dem Referendum nochmals in das Rennen um das höchste Staatsamt im zweiten Halbjahr einzutreten. Wahid übt als ehemaliger Vorsitzender der größten moslemischen Massenorganisation des Landes mit angeblich 40 Millionen Mitglie-

dern, der „Nahdlatul Ulama“ (NU), nach wie vor großen Einfluss als ein wichtiger geistig-religiöser Führer der Partei PKB aus. Diese hatte sich in der abgelaufenen Legislaturperiode und vor allem nach dem Sturz Wahids als Präsident zurückgezogen und war als gestaltende politische Kraft praktisch nicht mehr wahrnehmbar. Dass sie jetzt ein durchaus respektables Ergebnis erzielt und mit voraussichtlich nur minimalen Verlusten den dritten Platz im Parlament verteidigen konnte, sollte man sich parteiintern als Erfolg bei der Mobilisierung der eigenen Stammwähler anrechnen. Unverständlich war daher, weshalb ausgerechnet Wahid zunächst verkündete, er bzw. die PKB würden das Wahlergebnis wegen vermeintlicher Unregelmäßigkeiten verschiedener Art nicht ohne Widerstand anerkennen. Damit schloss er sich einer Gruppe von insgesamt 19 der 24 an der Wahl teilnehmenden Parteien an, die ähnliches ankündigten.

- Die ebenfalls mäßige Leistungsbilanz des Megawati-Vizepräsidenten Hamzah Haz: die von ihm geführte PPP war eine der drei „Blockflötenparteien“ der Suharto-Zeit und repräsentiert eine ländlich-konservative islamische Wählerschaft. Der Vizepräsident verdankt sein Amt in erster Linie der nach der Wahl Megawatis zur Präsidentin 2001 von ihr und PDI-P definierten Notwendigkeit, einen Nicht-Javaner und Vertreter der religiösen Parteien zum stellvertretenden Staatschef zu machen, um so auch die außerhalb der Hauptinsel Java lebenden sowie die moslemischen Wählergruppen stärker einzubinden. Damals setzte er sich bei der Abstimmung im Parlament gegen den Golkar-Chef Tadjung durch. Seine und damit die politische Bilanz der PPP blieb jedoch dürftig: Erneut scheiterte 2002 das von PPP mitgetragene Vorhaben, die Scharia in die indonesische Verfassung aufzunehmen, und Haz selbst bezeichnete sich in den Wochen vor der Wahl rückblickend auf seine Amtszeit frustriert als bloßen *satpam* (indonesisch für *satuan pengaman*, d.h. Wächter oder Nachtwächter) in der Abwesenheit der Präsidentin. Besser kann man

- auch die politische Wirkungslosigkeit seiner Partei in den letzten drei Jahren nicht beschreiben. Dennoch ist auch in diesem Fall die Stammwählermobilisierung geglückt.
- Das unglaubliche Taktieren des PAN-Führers Amien Rais: der bis zum Sommer amtierende Vorsitzende der Beratenden Volksversammlung (MPR) versuchte seit 1999, über die Öffentlichkeitswirksamkeit dieses hohen Staatsamtes auch politisches Kapital zu gewinnen. PAN trat im Parlament immer wieder als Mahner und Kritiker von Politik und Persönlichkeiten der Regierung Megawati auf, der aber u.a. der Generalsekretär der Partei, Hatta Rajasa, als Forschungsminister angehörte. Wo die eigentliche produktive und konstruktive Regierungsleistung dieser schon beim Wahlergebnis 1999 weit hinter ihren eigenen Ansprüchen zurückgebliebenen Partei erbracht wurde, blieb hingegen unklar. Es scheint, als ob die gebildete moslemische Bevölkerung, die bisher das Gros der PAN-Wähler stellte, sich diesmal nur noch zögernd für die Partei entschied oder bereits Alternativen erprobte – PAN war, ist und wird jedenfalls auch künftig nicht die dominierende politische Kraft in Indonesien sein, die sie stets gern gewesen wäre.
 - Die politische Vergangenheit Indonesiens machte wieder von sich reden in Gestalt der Partei „Sorge um die Nation“ (PKBP), die allgemein als Vehikel der Suharto-Familie zum Wiederauftritt auf der politischen Bühne des Landes angesehen wurde. Geführt von dem ehemaligen Armeechef und Ex-General Hartono, einem engen Vertrauten des früheren Präsidenten, sollte dessen älteste Tochter, Siti Hardijanti Indra Rukmana („Tutut“), als Zugpferd fungieren, wobei man besonders auf die Stimmen von enttäuschten ehemaligen Golkar-Anhängern spekulierte. Auch wenn das Gesamtergebnis der PKBP nicht übermäßig beeindruckte, zeigt es doch, dass noch immer mindestens zwei Millionen Menschen empfänglich für die Parteipropaganda waren, die die Erinnerung an die „gute alte Zeit“ mit ihren wirtschaftlichen Entwicklungserfolgen und der allgemeinen Stabilität beschwor und für die Rück-

besinnung auf die politischen Tugenden der „Neuen Ordnung“ eintrat.

Der neue Regionalrat

8) Ebenfalls durch die dritte Verfassungsergänzung 2001, vgl. Art. 22C und 22D in: The Constitutional Court of the Republic of Indonesia, *The 1945 Constitution of the Republic of Indonesia and The Act Number 24 of 2003 on the Constitutional Court of the Republic of Indonesia*, Jakarta 2003, S. 106–108.

Die Schaffung dieses Gremiums auf nationaler Ebene⁸⁾ symbolisiert die allmählich einsetzende Transformation Indonesiens zu einem parlamentarischen Zweikammersystem. Idealerweise soll der DPD die Gesetzgebung des Repräsentantenhauses in bestimmten Politikbereichen, vornehmlich der Regionalautonomie und des Verhältnisses zwischen Zentralregierung und Regionen, beobachten und gegebenenfalls auch ausgleichen. Allerdings fehlt noch eine präzise Bestimmung der gesetzgeberischen Kompetenzen, vor allem hinsichtlich der Rolle des DPD gegenüber dem Repräsentantenhaus: unregelt ist z.B., welche rechtlichen Folgen ein ablehnendes Votum des DPD zu einem vom DPR verabschiedeten Gesetzesvorhaben hätte, zumal auch keine Zwischeninstanz für eine Kompromissfindung, wie etwa der Vermittlungsausschuss des deutschen Bundestages, existiert. Überdies haben die Ergebnisse der Wahlen der DPD-Mitglieder – vier aus jeder der 32 indonesischen Provinzen – gezeigt, welche unterschiedliche Legitimität diese Parlamentarier haben: Während der erstplazierte gewählte DPD-Vertreter aus Yogyakarta immerhin 43,31 Prozent der Stimmen der Wahlberechtigten (und damit das beste Einzelergebnis landesweit) erhielt, genügten in der Provinz Banten dem erstplazierten gewählten DPD-Mitglied lediglich 7,54 Prozent, um in diese Parlamentskammer einzuziehen.

Die Rolle der Frauen bei der Parlamentswahl

Frauen stellten ca. 52 Prozent der indonesischen Wahlbevölkerung im Superwahljahr. Aber schon nach der Wahl 1999 waren nur 9,2 Prozent der Mitglieder des Repräsentantenhauses weiblich. In den Folgejahren kam es deshalb zu einer von Teilen der Zivilgesellschaft organisierten öffentlichen Debatte, an deren Ende ein Passus im Gesetz über die politischen Parteien aus dem Jahr 2002 stand, wonach diese aufgerufen wurden, mindestens 30 Prozent ihrer Kandidaturen mit Frauen zu besetzen. Eine reale gesetzliche Verpflichtung dazu – etwa in Form einer Quote – besteht jedoch nicht, und unter den offiziell

für die Parlamentswahl zugelassenen Parteien schaffte nur eine, die religiöse PKS, mit 40,3 Prozent weiblicher Kandidaten den Sprung über die empfohlene Marke. Hingegen scheiterten die etablierten Parteien an dieser Empfehlung (z.B. Golkar und PDI-P je 28,3 Prozent, PPP 22,3 Prozent). Dementsprechend gering fiel letztlich auch die Zunahme von Parlamentarierinnen aus: nur 11,8 Prozent Frauen gehören dem neuen DPR-RI als Abgeordnete an.

■ Wende II: Präsidentschaftswahlen

Die Direktwahl als politisches Neuland

Mit der in der dritten Verfassungsergänzung erstmals eingeführten Direktwahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten durch die Bevölkerung hatte die Beratende Volksversammlung (MPR), das oberste Verfassungsorgan der Republik Indonesien, im Jahr 2001 einen wichtigen Schritt zur Vollendung zentraler Ziele der politischen Reformbewegung getan.⁹⁾ Nicht nur sollte das Staatsoberhaupt mit deutlich höherer demokratischer Legitimität ausgestattet werden, sondern auch die Schaffung eines zentralen Bereichs der politischen Partizipation der Bevölkerung war angestrebt worden. Mit der Einführung der Direktwahl hielten auch erste moderne, in der westlichen Welt schon lange erprobte Methoden des Kandidatenwettbewerbs Einzug in die politische Kultur des Landes, wenngleich die direkte Konfrontation der politischen Gegner vermieden wurde. Zwar organisierte die nationale Wahlkommission (KPU) landesweit im Staatsfernsehen übertragene „Dialoge“ mit den Präsidentschaftskandidaten vor beiden Wahlrunden, deren inhaltliche Tiefe jedoch größtenteils zu wünschen übrig ließ und die auf ein geringeres Zuschauerinteresse trafen, als mancher Beobachter erwartet hatte: Politische Beobachter kritisierten, dass die Weigerung der Mehrheit der indonesischen Fernsehstationen, das Ereignis live zu senden, vornehmlich mit den geringen Erwartungen zusammenhänge, die Journalisten und ein Großteil der Wahlbevölkerung mit dieser Art der gelenkten Debatte verbanden. Von einer politisch gut informierten Gesellschaft, die ihre Wahlentscheidung auf der Basis umfangreicher, von den Amtsbewerbern zur Verfügung gestellter, sub-

9) Vgl. Art. 6A (1) in: The Constitutional Court of the Republic of Indonesia, *The 1945 Constitution of the Republic of Indonesia and The Act Number 24 of 2003 on the Constitutional Court of the Republic of Indonesia*, Jakarta 2003, S. 94.

stanzieller Informationen treffen kann, ist Indonesien – das hat dieser Wahlkampf erneut gezeigt – noch Lichtjahre entfernt. Wieder einmal war die Kandidatenpersönlichkeit, wie in der Vergangenheit, das Hauptkriterium der meisten Wahlberechtigten bei ihrer Stimmabgabe, und ihre Entscheidung, welcher Kandidat sie überzeugen konnte, hatte die Mehrheit schon früh getroffen.

Für einzelne Parteien bedeutete die erstmalige Direktwahl ein Umdenken in politischer und verfahrenstechnischer Hinsicht. Es überraschte, dass ausgerechnet die ehemalige Suharto-Partei Golkar sich die US-amerikanischen Nominierungsparteitage zum Vorbild der Kür ihres eigenen Präsidentschaftskandidaten nahm und somit möglicherweise den anderen Parteien den Weg in die Zukunft wies. Die Findungsprozesse der von der Verfassung vorgeschriebenen *single tickets* aus Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidat unterstrichen bei einzelnen der insgesamt fünf Paare, dass in Indonesien bei zentralen politischen Entscheidungen persönliche Erwägungen auch in Zukunft mit großer Wahrscheinlichkeit den Vorrang vor parteipolitischen Bindungen und Loyalitäten haben werden.

Ergebnisse und Bewertung der ersten Wahlrunde

Das indonesische Wahlvolk liebt es spannend und wollte sich anscheinend noch bis in den Frühherbst hinein etwas politisches Entertainment erhalten. Das war die vorläufige Bilanz der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 5. Juli. Der nach allen Voraussagen haushohe Favorit für das höchste Staatsamt, Susilo Bambang Yudhoyono, schaffte mit rund 33,5 Prozent der Stimmen zwar ein beachtliches Resultat, blieb aber deutlich unter dem Stimmenanteil, der ihm in Umfragen vor der Wahl vorausgesagt worden war. Umgekehrt erlebte die amtierende Staatspräsidentin ein unerwartetes Comeback aus den Tiefen der Meinungsumfragen und fuhr mit 26,6 Prozent ein mehr als doppelt so gutes Ergebnis ein, als man ihr prophezeit hatte. Dritter wurde der frühere Armeeoberkommandierende und Verteidigungsminister Wiranto, international bekannt durch die ihm zur Last gelegte Verwicklung in schwere Menschenrechtsverletzungen während der Suharto-Diktatur sowie im Kontext des Unabhängigkeitsreferendums

in Ost-Timor 1999. Damit waren seine Pläne, erneut die politische Bühne zu betreten, vorläufig gescheitert, obwohl man dem im Grunde politischen Neuling auf der Bühne des demokratischen Indonesiens im Laufe seines zunehmend engagierten Wahlkampfes durchaus einen Überraschungscoup zugetraut hatte, denn er lag zeitweise in den Umfragen nur knapp hinter Megawati. Abgeschlagen dahinter waren sowohl der damalige Sprecher der Beratenden Volksversammlung, Amien Rais, sowie der noch amtierende Vizepräsident Hamzah Haz. Deren Chancen auf das höchste Staatsamt – sollten sie selbst diese denn jemals für realistisch gehalten haben – waren damit ein für allemal vergeben; ihre politischen Karrieren hatten nunmehr den Zenith überschritten.

Die für die Durchführung der Präsidentschaftswahlen zuständige nationale Wahlkommission (KPU) hatte im Vorfeld rund 155 Millionen Wahlberechtigte registriert. Aktives Wahlrecht besitzt jeder Indonezier, der am Wahltag das 17. Lebensjahr vollendet hat oder verheiratet ist. Die Wahlbeteiligung betrug ca. 78 Prozent, d.h. rund 121,5 Millionen Menschen gaben ihre Stimme ab.

■ Präsidentschaftswahl Indonesien 2004
1. Wahlgang (5. Juli) – Amtliches Endergebnis

Kandidatenpaare (Präsidentschaft/ Vizepräsidentschaft)	Stimmen absolut	Stimmen- anteil (in Pro- zent)	Ge- won- nene Pro- vinzen (32)
Susilo Bambang Yudhohono / Muhammad Jusuf Kalla	39838184	33,57	18
Megawati Sukarnoputri / KH. Ahmad Hasyim Muzadi	31569104	26,60	7
Wiranto / Salahuddin Wahid	26286788	22,15	5
Prof. Dr. H. Amien Rais / Dr. H. Siswono Yudohusodo	17392931	14,65	2
Dr. H. Hamzah Haz / Agum Gumelar	3569861	3,00	0

Der Urnengang zur Bestimmung des Staatsoberhauptes verlief weitestgehend ruhig und geordnet. Das allein genügte politischen Beobachtern im In- und Ausland, um dem Wahlvolk eine deutlich gewachsene politische Reife zu attestieren und sogar die „Vereinbarkeit von Islam und Demokratie“ zu loben.

Nach den Bestimmungen des Artikels 6A der indonesischen Verfassung werden der Präsident und der Vizepräsident gemeinsam und direkt von der Bevölkerung gewählt (*single ticket*); zu Kandidatenvorschlägen berechtigt sind politische Parteien oder Parteienkoalitionen, die an allgemeinen Wahlen teilgenommen und dabei mindestens drei Prozent der Sitze oder fünf Prozent der gültigen Stimmen erhalten haben. Das siegreiche Kandidatenduo muss über 50 Prozent der gültigen Stimmen sowie zusätzlich mindestens 20 Prozent der Stimmen in mindestens der Hälfte der 32 indonesischen Provinzen auf sich vereinigen. Besonders die Quoren für die Provinzen waren im ersten Wahlgang in dem ethnisch-kulturell heterogenen Land schwer zu erfüllen, da es im heutigen Indonesien eine Volkspartei im traditionellen Sinn, die zwischen 40 und 50 Prozent der Wähler an sich binden könnte, nicht gibt, wie auch die Parlamentswahl vom April wieder bewiesen hat. Da keiner der Bewerber die gesetzlichen Bedingungen im ersten Wahlgang erfüllte, gelangten die beiden Tickets mit den höchsten Stimmenanteilen aus dem ersten Wahlgang in eine Stichwahl, die durch einfachen Mehrheitsentscheid gewonnen wird. Das waren Yudhoyono und Megawati.

Es ist aufschlussreich, das Wahlergebnis unter regionalen, parteipolitischen, religiösen und kandidatenpezifischen Gesichtspunkten zu analysieren:

- Auffällig war, dass Yudhoyonos Erfolg auf einer breiten Zustimmung in fast allen Regionen des Landes basierte. Die Tatsache, dass er Javaner ist, hat die anderen ethnischen Gruppen im Land nicht davon abgehalten, ihn massiv zu unterstützen. So konnte er von den zehn Provinzen Sumatras fünf für sich gewinnen, siegte in sechs der sieben Provinzen des bevölkerungsreichsten Java mit zum Teil deutlichem Vorsprung vor dem Nächstplatzierten, darunter in der Hauptstadt Jakarta sowie in Megawatis Geburtsprovinz Yo-

gyakarta, gewann drei der vier Provinzen Kalimantanans der Heimat von Vizepräsident Haz, ging in drei der fünf Provinzen Sulawesi als erster durchs Ziel und verbuchte beide Provinzen Papuas für sich. Lediglich in Bali, traditionell eine Hochburg der Präsidentin, sowie in den entwicklungsschwachen Provinzen West- und Ost-Nusa Tenggara sowie auf den Molukken gaben die Wähler anderen Kandidaten den Vorzug. Da in Indonesien aus demografischen Gründen traditionell nur Javaner ernsthafte Chancen auf die Präsidentschaft haben (einzige Ausnahme unter den bisher fünf Staatsoberhäuptern seit der Unabhängigkeit war der aus Sulawesi stammende Übergangspräsident B.J. Habibie, der als ernannter Vizepräsident dem gestürzten Suharto nachfolgte und 1998/99 regierte) und bis auf Vizepräsident Haz alle Präsidentschaftsbewerber Javaner waren, könnte sich allmählich eine Abkoppelung der politischen von den ethnischen Präferenzen der Bevölkerung vollziehen, denn auch der aus Kalimantan stammende Haz bekam in seiner Heimat keinen Stich. Im Wettstreit mit den anderen javanischen Bewerbern musste Yudhoyono also aus anderen, wahrscheinlich inhaltlichen Gründen oder solchen, die mit seiner Persönlichkeit zusammenhängen, erfolgreich gewesen sein, wenn man einmal den starken Einfluss der schon bei der Parlamentswahl im April deutlich erfolgten Abstrafung von Megawati und ihrer Partei PDI-P außer Acht lässt.

Hinzu kommt, dass der Ex-Minister dort, wo er gewann, dies auch meist mit deutlichem Abstand vor dem Zweitplatzierten schaffte. Gemessen an seiner weder etablierten noch sonderlich breiten politischen Basis im Parlament – die von ihm maßgeblich unterstützte und mit ihm assoziierte neue Demokratische Partei erlangte bei der Parlamentswahl aus dem Stand rund sieben Prozent der Stimmen, der frühere General jedoch erzielte bei der jetzigen Persönlichkeitswahl fast fünfmal so viele Stimmen wie seine Partei im April – war dies erstaunlich und ein Indikator für die Wechselstimmung, die bereits im Ergebnis der Wahlen zum Repräsentantenhaus zum Ausdruck kam. Yudhoyono hatte es zwar nicht explizit auf seine

Fahnen geschrieben, weil er die absolute Konfrontation mit der Präsidentin verständlicherweise bis dahin vermeiden wollte, suggerierte durch seine Wahlwerbung jedoch, dass er den Wunsch vieler Wähler nach einem neuen Gesicht und einer anderen Politik erfüllen könne und die ersehnte Alternative sei.

Das politische Kalkül des früheren Militärstrategen Yudhoyono war voll aufgegangen: Er hatte es durch die Nominierung seines Vizepräsidentschaftskandidaten Jusuf Kalla geschafft, den anderen Konkurrenten mit militärischem Hintergrund, Wiranto, der ihm in einer Stichwahl möglicherweise das Image des entscheidungsstarken politischen Führers hätte streitig machen können, auszuschalten. Dafür gab es zwei Gründe. Zum einen gehört Kalla selbst der Golkar-Partei an, jener Sammlungsbewegung, die während der Suharto-Zeit als politisches Vehikel des Diktators fungierte und deren Spitzenkandidat Wiranto war. Dieser aber war nicht wie Kalla in der Golkar politisch groß geworden, verfügte dort weder über eine Hausmacht noch über den „Stallgeruch“, der wichtig gewesen wäre, um den immer noch mit der größten Kampagnen- und Mobilisierungsfähigkeit ausgestatteten Parteiapparat der Golkar im Wahlkampf zum Laufen zu bringen. Der Sieg Wirantos beim Golkar-Nominierungsparteitag im April über den Parteichef und Präsidenten des Repräsentantenhauses Akbar Tandjung fiel etwa im Verhältnis von 60 zu 40 Prozent der Delegierten aus und kann daher nicht darüber hinwegtäuschen, dass der ehrgeizige ehemalige Oberkommandierende der Streitkräfte nicht die volle Unterstützung der Partei hatte, die ihn, wie es jetzt aussieht, weniger wegen seiner Siegchancen im Kampf um das Präsidentenamt gekürt haben dürfte, sondern vielmehr als indirektes Signal an den nicht unumstrittenen Parteichef Tandjung, der noch eine Woche vor dieser schmerzlichen Niederlage vor ausländischen Journalisten seine Siegeszuversicht zum Ausdruck gebracht, allerdings wohl auch die innerparteilichen Signale für einen Wechsel bzw. eine Verjüngung an der Parteispitze missachtet hatte.

Kalla wiederum hatte im Vergleich dazu gleich mehrere Trumpfkarten im Ärmel: als erfolgreicher Unternehmer war er der einzige unter allen Bewerbern, der wirtschaftlichen Sachverstand für sich reklamieren konnte – durchaus beachtlich angesichts der Tatsache, dass die Erholung der Wirtschaft für die große Mehrheit der Indonesier seit langem das politische Thema mit der allerhöchsten Priorität ist. Gemeinsam mit dem außenpolitisch engagierten und auch im Westen respektierten Yudhoyono verkörperte dieses Duo also zwei der am meisten gefragten Kompetenzen. Überdies ist der körperlich kleine, aber staatsmännisch auftretende Kalla, früherer Kabinettskollege von Yudhoyono (er diente bis zum Frühjahr einige Jahre im Kabinett Megawati als Koordinierender Minister für soziale Angelegenheiten), ein aus der traditionellen Golkar-Hochburg Süd-Sulawesi stammender und in der Partei fest verwurzelter Politiker ohne die politisch-moralischen Belastungen Wirantos, der, wie das Wahlergebnis der Insel Sulawesi zeigte, obwohl er nicht für Golkar kandidierte, seine persönliche Anhängerschaft dort ungleich stärker mobilisierte als dies der offizielle Parteikandidat Wiranto zu tun imstande war. Zwar konnte dieser immerhin zwei der fünf Provinzen Sulawesi gewinnen, aber im bevölkerungsreichen Süden erhielten die dortigen Sieger Yudhoyono/Kalla viermal so viele Stimmen wie Wiranto (2,5 Millionen zu 600 000). Diese Stimmen wären, hätte es nur einen (populären) Golkar-Kandidaten unter den Präsidentschaftsbewerbern gegeben, mit großer Wahrscheinlichkeit in vollem Umfang diesem zugeflossen, waren aber nun genau jene Stimmen, die Wiranto in der Endabrechnung fehlten, um in die Stichwahl zu gelangen. Es war daher genau das eingetreten, was schon ein Jahr vor der Präsidentschaftswahl innerhalb der Golkar befürchtet worden war: die Partei mit der größten Fraktion im Parlament hatte die Chance aus der Hand gegeben, auch den Präsidenten zu stellen, weil zwar viele akzeptable Kandidaten mit mehr oder weniger großen Fehlern zur Verfügung standen, aber kein überragender charis-

matischer Bewerber mit überzeugenden Siegesaussichten.

- Ganz ohne Religion geht es bei Wahlen in Indonesien nicht. Auch wenn im politischen Alltag für eine ganze Reihe der zehn Personen aus den fünf Kandidatenduos religiöse Fragen über das Tragen der traditionellen moslemischen Kopfbedeckung *peci* bzw. bei Megawati gelegentlich eines Schleiers hinaus im Grunde keine erkennbar bedeutende Rolle gespielt haben, wollte doch niemand darauf verzichten, sich dem Wahlvolk als guter Moslem zu präsentieren. Während der Wähler die gescheiterten Kandidaten Amien Rais und Hamzah Haz als strenggläubige Moslems kennt – beide sind Vorsitzende von religiösen Parteien, die die Einführung der Scharia in die Verfassung und damit die Transformation Indonesiens in einen islamischen Staat gefordert haben – war ein ausgesprochen religiöses Bekenntnis der anderen Spitzenkandidaten bis dahin nicht aufgefallen. Gleichwohl stellten sowohl Wiranto als auch Kalla und Yudhoyono sowie selbst die Präsidentin auf den offiziellen Wahlwerbemitteln der Kampagne und den Stimmzetteln den Zusatz „H.“ bzw. „Hj.“ (für „Haji“ und „Haja“, als Zeichen für Moslems, die die Wallfahrt nach Mekka unternommen haben) vor ihre Namen. Kalla ging noch weiter und nahm den zusätzlichen Vornamen „Muhammad“ an, denn seine Heimat Südsulawesi ist sehr stark moslemisch geprägt. Was brachte das? Auf den ersten Blick nicht viel: Vizepräsident Haz konnte nicht eine einzige Provinz gewinnen, Oberhaus-Sprecher Rais gerade einmal zwei, darunter das seit Jahrzehnten von Unruhen geplagte Aceh, das sich ohnehin als glaubensstreng profiliert. Gemeinsam erreichten beide gerade einmal rund 18 Prozent der Stimmen. Abgesehen davon, dass diese beiden Politiker noch nie so hoch in der Publikumsgunst standen, dass sie wirklich ernsthaft als Präsidenten in Frage gekommen wären, zeigten diese Ergebnisse aber auch die Besonderheit des indonesischen Islam im Unterschied zu demjenigen arabisch-nahöstlicher Prägung. Auch wenn der Durchschnittsindonesier gern ein guter Moslem sein würde (und immerhin bis

zu 70 Prozent der Befragten halten bei Umfragen die Einführung der Scharia durchaus für ein wichtiges Thema, allerdings nur, wenn diese Frage isoliert von anderen wichtigen politischen Prioritäten gestellt wird), gibt es nach wie vor unter dem Gros der islamischen Bevölkerung keine Tendenz, die trotz aller gelegentlichen Probleme noch immer gut funktionierende multireligiöse Gesellschaft für ein System mit deutlicher islamischer Hegemonie aufzugeben.

- Interessant war auch, dass offensichtlich die Bindewirkung und damit auch der politische Einfluss der islamischen Massenorganisationen langsam nachlässt. Bestes Beispiel hierfür war die nach eigenen Angaben mit 40 Millionen Mitgliedern größte dieser Art, die Nahdlatul Ulama (NU). Schon vor anderthalb Jahrzehnten entschied sie sich grundsätzlich für einen Rückzug aus der Politik und einen Status als unabhängige Organisation, die die Interessen und Standpunkte so genannter moderater Moslems im Land vertritt. Ihr amtierender Vorsitzender Hasyim Muzadi machte aus seinen persönlichen Ambitionen auf ein hohes Staatsamt öffentlich bereits keinen Hehl mehr, bevor er sich noch von gleich mehreren der Spitzenkandidaten massiv umworben sah. Schließlich gab er dem Drängen Megawatis nach und wurde ihr Vizepräsidentschaftskandidat. Das allein genügte, um innerhalb der NU heftige Diskussionen auszulösen, wie man es mit Neutralität gegenüber der Politik halte. Erschwert wurde dieser Diskussionsprozess noch dadurch, dass auch Ex-General Wiranto sich eine führende NU-Persönlichkeit an die Seite holte, Solahuddin Wahid, vormaliges Mitglied der Nationalen Menschenrechtskommission und Bruder des Ex-Präsidenten Abdurrahman Wahid („Gus Dur“). Dass auch Vizepräsident Haz und weitere Mitglieder der fünf Kandidatenduos NU-Mitglieder waren, komplizierte die Situation noch zusätzlich, so dass an eine geschlossene Wahlempfehlung der Massenorganisation nicht zu denken war. Vielmehr bestimmten interne Kabalen das Bild: auf der einen Seite die Vertreter der reinen Lehre, die ihren Vorsitzenden Muzadi wegen seiner Kandi-

datur gemeinsam mit der Präsidentin scharf kritisierten und durch diese Parteinahme die Glaubwürdigkeit der NU auf dem Spiel stehen sahen; auf der anderen Seite einflussreiche Persönlichkeiten wie „Gus Dur“, der immerhin die Familie des NU-Gründers (seines Vaters) repräsentierte. Erbost über den politischen Alleingang des ihm in Abneigung verbundenen Muzadi sowie die Nichtzulassung seiner eigenen Kandidatur aus gesundheitlichen Gründen seitens der zuständigen KPU, rief er die NU-Mitglieder nicht nur zur Unterstützung des Duos Wiranto/Solahuddin auf, sondern gab bekannt, dass er selbst nicht wählen gehen werde. So gespalten fielen dann auch die Ergebnisse in den traditionellen NU-Hochburgen aus: in Ost-Java, seit jeher das geistige Zentrum der NU, erlangten Megawati/Hasyim mit 28 Prozent nur geringfügig mehr als ihr landesweites Resultat; Wiranto/Solahuddin kamen auf ebenfalls nicht überzeugende 25 Prozent – zuviel für eine Blamage, aber bei weitem nicht genug für einen Sieg. Der große Gewinner war das vom Profil her säkulare, nicht religiöse Duo Yudhoyono/Kalla mit 36 Prozent. Dass der finanzkräftige Unternehmer Kalla ebenfalls NU-Mitglied ist, spielte dabei nicht die geringste Rolle.

- Einige Karrieren sind mit diesem Wahlausgang wenn nicht zu Ende gegangen, dann doch zumindest in ihr letztes Stadium eingetreten. Amien Rais, bis Herbst 2004 charismatischer Sprecher der Beratenden Volksversammlung, hatte für den Fall einer Wahlniederlage seinen Rückzug aus der Politik angekündigt, obwohl man sich ihn kaum mehr als Professor an der angesehenen Gajah Mada-Universität im zentral-javanischen Yogyakarta vorstellen kann. Sein Problem war die „Nischenpopularität“ seiner Person und seiner Partei. Er war stets bei den gebildeten urbanen Schichten sowie in den Provinzen mit stark islamischer Prägung populär, aber nicht darüber hinaus, weshalb auch die von ihm geführte Partei PAN immer eine Sieben-Prozent-Bewegung blieb. Seinen während der Suharto-Zeit erworbenen Ruf eines aufrechten Regimekritikers verlor er bald durch Brandreden

gegen nichtmoslemische und andere Minderheiten im Umfeld der Wahl von 1999. Auch seine Amtsführung als Sprecher der MPR bot für Politiker vieler anderer Parteien Anlass zur Missstimmung. Mit der Auswahl von Siswono Yudohusodo, eines weithin unbekannten Ex-Ministers aus früheren Suharto-Kabinetten, vergab er die letzte Chance, sich öffentlichkeitswirksam zu profilieren.

- Vizepräsident und Chef der Partei PPP, Hamzah Haz, wusste schon vor der Wahl, dass er sein Stellvertreteramt spätestens im Herbst los sein würde. Desillusioniert von den geringen politischen Wirkungsmöglichkeiten eines Vize, war er nie jener starke Typ, der aus dieser Einflusslosigkeit durch öffentlichkeitswirksame Initiativen erfolgreich hätte ausbrechen können. Beim Amtsantritt 2001 hatte er sich wohl mehr für die Umsetzung seiner islamischen Agenda versprochen, musste aber, wie Teile der indonesischen Tagespresse mitunter genüsslich berichteten, inzwischen u.a. die Erfahrung machen, dass vor allem junge Indonesierinnen angesichts der (nach dem Islam akzeptablen) mindestens drei Ehefrauen des Vizepräsidenten zunehmend kritischer auf ihn reagierten und fragten, ob dies für den zweiten Mann im Staate Indonesien angemessen sei. Politisch unerfahren war der Parteivorsitzende ganz und gar nicht, bevor er Megawatis Stellvertreter wurde. Dass er schon im Frühjahr seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur für dieses Amt ankündigte, ersparte ihm und ihr eine für beide Seiten peinliche Absage der Staatschefin.
- Ein Kuriosum der ersten Wahlrunde war ebenfalls, dass von zehn Bewerbern der fünf Kandidatenpaare immerhin drei (Wiranto, Yudhoyono und Verkehrsminister Agum Gumelar, der zweite Mann von Hamzah Haz) ehemalige Generäle sind. Einige westliche Medien verleitete dies in ihrer Wahlberichterstattung zu der voreiligen Schlussfolgerung, nunmehr kehre in Indonesien das Militär an die Schalthebel der Macht zurück.
- Wie bewertete die Zivilgesellschaft Verlauf und Ergebnis des ersten Wahlgangs? Ihr Gegner war von Anfang an zunächst viel weniger SBY, son-

dern weit mehr der auch von vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen mit größter Skepsis betrachtete Wiranto. Nachdem dieses Feindbild verschwunden war, gingen Autoren, Journalisten, Wissenschaftler und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die jeden, gleichgültig welchen Ex-Militär an der Spitze des Staates um jeden Preis verhindern wollten, an die öffentliche Unterminierung Yudhoyonos. Ihre Überzeugungskraft litt gelegentlich darunter, dass einige dieser Stimmen ebenso als langjährige, unversöhnliche Megawati-Kritiker bekannt waren.

„Nichtwahlkampf“ ohne Höhepunkte

Von einem politisch spannenden Wahlkampfrennen zwischen den beiden verbliebenen Kandidaten, wie man es in vergleichbarer Situation in westlichen Ländern erwartet hätte, konnte in Indonesien nicht die Rede sein. Zum einen begrenzen die von der nationalen Wahlkommission festgelegten Regelungen den traditionellen Wahlkampf mit öffentlichen Kundgebungen der Stichwahlteilnehmer auf gerade einmal drei Tage in der Woche vor dem Wahltag. Sinn dieser Vorschrift war es, die ansonsten in Indonesien üblichen, hitzigen und nicht selten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der verschiedenen politischen Lager von vornherein auf ein absolutes Minimum zu begrenzen. Das gelang zwar, bewirkte allerdings auch eine weitgehend langweilige „Vorwahlkampfphase“ und befreite die Kandidaten von der Ausarbeitung all zu detaillierter programmatischer Stellungnahmen. Man behalf sich derweil mit einer Ersatzstrategie. Megawati absolvierte ein dichtes Veranstaltungsprogramm im ganzen Land, bei dem präsidentiale Termine genutzt wurden, um ihre Botschaften unters Volk zu bringen, ohne dabei direkt Wahlkampf zu machen und gegen die entsprechenden Regeln zu verstoßen: Projektmittelvergaben, Förderungszusagen, Versprechen und Selbstverpflichtungen wurden von der Präsidentin offensichtlich in der Absicht verteilt, die eigene Klientel zu mobilisieren, auch in der Hoffnung, die noch unentschlossenen Wähler für sich zu gewinnen. Ähnlich, wenn auch deutlich weniger subtil, ging ihr Ehemann, Taufik Kiemas, vor, der – selbst ein führendes Mitglied der Präsidentenpartei PDI-P und ihrer Parlamentsfrak-

tion – auf seinen Reisen durchs Land „Geldspenden“ an karitative und religiöse Organisationen verteilte und sich damit die Missbilligung der Zivilgesellschaft zuzog.

Yudhoyono, dem dieses Instrumentarium in solcher Breite nicht zur Verfügung stand, konzentrierte sich dennoch auch aufs Reisen und besuchte dabei gezielt so genannte Multiplikatoren, zumeist einflussreiche lokale Kleriker oder Führungspersönlichkeiten der Zivilgesellschaft. Beide sparten beträchtlich mit konkreten Ankündigungen hinsichtlich ihrer politischen Absichten als Staatsoberhaupt. Verlautbart wurden die üblichen, im indonesischen Kontext politisch korrekten und daher unverfänglichen Statements wie die Korruption zu bekämpfen, eine gute Regierungsführung sicherzustellen, die Wirtschaft zu beleben, die Armut zu verringern, den gesellschaftlichen Frieden und die territoriale Integrität des Landes zu wahren etc. Zwar hatte der Herausforderer die Amtsinhaberin zu einem persönlichen Fernseh-Rededuell nach amerikanischem Vorbild aufgefordert, aber ein Echo darauf gab es aus dem Palast nicht, denn die rhetorisch unbeholfen wirkende Präsidentin hätte dabei vor aller Öffentlichkeit wahrscheinlich schlecht ausgesehen. Yudhoyonos Camp war in den Wochen vor der Stichwahl dennoch merkwürdig ruhig geblieben, was nicht nur an dem offiziell verordneten Nicht-Wahlkampf liegen konnte. Gerüchte machten die Runde, wonach dem Anfang des Jahres politisch scheinbar ins Präsidentenamt durchmarschierenden Ex-Minister und seiner Gefolgschaft die Finanzmittel für die Entscheidungsschlacht auszugehen drohten. Und obwohl Yudhoyono im Kandidatendialog als der kompetentere Bewerber erschien, schaffte er es mit seiner nüchternen Präsentation nicht, menschlich gewinnend zu wirken. Es ist offensichtlich, dass die indonesische Politikerkaste in Bezug auf den Einsatz von Medientraining und Public Relations-Instrumenten noch ganz am Beginn eines langen Lernprozesses steht.

Unter den Kandidaten für die Vizepräsidentschaft konnte Yudhoyonos zweiter Mann, Jusuf Kalla, eindeutig die Medienhoheit gewinnen, allerdings nicht immer im positiven Sinn. Während Megawatis „Running Mate“ Muzadi, dessen Amt als Vorsitzender der Nahdlatul Ulama (NU) ruhte, öffentlich zwar

selbstsicherer wirkte als die Präsidentin, häufig jedoch auch durch Schweigen seine politischen Defizite kaschierte, ließ Kalla politische Ballons steigen, die bei einigen gesellschaftlichen Gruppen Stirnrunzeln auslösten: die Bevorzugung ethnischer Indonesier (*pribumi*) bei wirtschaftlicher Förderung durch den Staat gehörte dazu – eine Politik, die schon seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts weitgehend erfolglos im benachbarten Malaysia angewandt wurde. Aber auch die einstigen religiösen Affinitäten des aus dem streng moslemischen Süd-Sulawesi stammenden Wirtschaftsmagnaten zu extrem erscheinenden islamischen Gruppen und deren Einstellungen wurden sehr kritisch betrachtet und erzeugten bereits das öffentlich zum Ausdruck gebrachte Misstrauen der Vertreter christlicher Kirchen.

Wichtigstes parteipolitisches Ereignis im Monat vor der Stichwahl war die Bildung einer losen „Nationalen Koalition“ aus vier Parteien, die bei der Parlamentswahl im April über 300 der insgesamt 550 Mandate gewonnen hatten. Dazu zählen die stärkste Fraktion, Golkar, Megawatis PDI-P, die religiösen PKB und PBR sowie die christlich orientierte PDS. Ziel dieser Parteienallianz, deren Zustandekommen maßgeblich von Golkar-Chef Akbar Tanjung betrieben wurde und die eine Mandatsmehrheit im Parlament hält, sollte gemäß Verlautbarung u.a. die Zusammenarbeit in inhaltlichen Fragen im neuen Repräsentantenhaus und auch auf den nachgeordneten parlamentarischen Ebenen in den Provinzen und Regierungsbezirken sein. Wichtigstes kurzfristiges Ziel war jedoch die Sicherstellung des Wahlsieges von Präsidentin Megawati und ihrem Vizepräsidentenskandidaten Hasyim Muzadi. Dafür sollten die Apparate der Parteienallianz, allen voran die als höchst effizient geltende Golkar-Maschinerie, zu vollen Touren auflaufen. Einen Public Relations-Effekt hatte allein schon die Ankündigung der Gründung der Allianz am 19. August: Sowohl politische Beobachter als auch Journalisten bewerteten die Chancen eines Präsidenten Yudhoyono auf gute Zusammenarbeit mit einer klaren, von ihren Grundsätzen gegen ihn gerichteten Parlamentsmehrheit als gering und riefen der Öffentlichkeit sogleich wieder die chaotischen Verhältnisse in der Beziehung zwischen dem früheren Präsidenten Abdurrahman Wahid

(„Gus Dur“, 1999-2001) und dem damaligen Repräsentantenhaus in Erinnerung, als der Staatschef sich nur auf die Unterstützung seiner eigenen, relativ kleinen Partei verlassen und kaum jemals Mehrheiten für seine Politik gewinnen konnte. Es war ganz klar, dass Golkar und die anderen Allianz-Parteien eine unverhohlene Botschaft an das Wahlvolk ausgesandt hatten: Wer Yudhoyono wählt, nimmt die Rückkehr der Verhältnisse unter „Gus Dur“ in Kauf, d.h. in Machtkämpfe verwickelte Organe, politischer Stillstand, innere Instabilität etc.

Der Nutzen dieses Manövers war allerdings mehr als fraglich. Schon bei den ersten beiden Wahlen des Jahres hatten die Indonesier bewiesen, dass sie in erster Linie die Partei bzw. den Kandidaten wählen, den sie aus guten persönlichen Gründen wollen. Die Patronagesysteme der Vergangenheit bestehen zwar noch und sind wirksam, verlieren aber unverkennbar an Bedeutung. Schon gab es Widerstand innerhalb der Golkar gegen den Kurs von Parteichef Tandjung, und ein „Golkar Reform Forum“ unter Führung des stellvertretenden Parteivorsitzenden Marzuki Darusman bildete sich. Dessen Mitglieder machten keinen Hehl aus ihrer Sympathie für Yudhoyono bzw. ihrer Ablehnung Megawatis und forderten die Parteimitglieder auf, bei der Stimmabgabe in der Stichwahl nur ihrem Gewissen zu folgen. Golkar-Chef Tandjung ließ sich seinen Kurs zwar durch die Provinzchefs der Partei mehrheitlich absegnen, musste aber erleben, dass selbst offene Disziplinierungs- und gar Parteiausschlussdrohungen gegenüber den Widerspenstigen die Reihen nicht völlig schließen konnten. Es half ihm und dem Parteiimage auch wenig, dass Yudhoyonos zweiter Mann Jusuf Kalla, selbst langjähriges Golkar-Mitglied, gemeinsam mit weiteren elf prominenten Abweichlern per Vorstandsbeschluss von ihren Aufgaben in beratenden Parteigremien entfernt bzw. die Parteimitgliedschaft der Unterstützer des „Golkar Reform Forum“ bis zur abschließenden Bewertung des Vorgangs durch den Golkar-Parteivorstand, wo man das Verlassen der offiziellen Pro-Megawati-Parteilinie als schwer parteischädigend bezeichnete, suspendiert wurde. Die „Nationale Koalition“ hat zumindest bei Golkar einen Teil des alten, autoritären Systems Indonesiens wieder sichtbar werden lassen. Eine echte Hinwendung zur Demo-

kratie hatten ohnehin weder die Medien noch die Zivilgesellschaft der Golkar in den vergangenen Jahren wirklich abgenommen: ein möglicher Grund, warum die Partei schon bei der diesjährigen Parlamentswahl nicht überragend abschnitt und ihr Präsidentschaftskandidat, der Ex-General und Suharto-Vertraute Wiranto, bereits im ersten Wahlgang aus dem Rennen ausschied.

Auch Yudhoyono bemühte sich zwischenzeitlich um politischen Rückhalt im künftigen Parlament und konnte außer auf seine eigene Demokratische Partei auch noch auf die Unterstützung der mittelgroßen, zumeist religiösen Parteien PPP, PAN, PKS sowie auf weitere Kleinstgruppierungen vertrauen – ein Zusammenschluss, der sich selbst und in Kontrast zur Gegenformation als „Koalition des Volkes“ bezeichnet.

Stichwahl ohne Überraschung

Am 20. Oktober wurde Susilo Bambang Yudhoyono als sechster Präsident der Republik Indonesien seit deren Unabhängigkeit 1945 vereidigt. Er hatte zuvor am 20. September in der zweiten und Stichwahlrunde der Präsidentschaftswahlen die bisherige Amtsinhaberin Megawati Sukarnoputri mit rund 60 zu 40 Prozent der Wählerstimmen aus dem Amt verdrängt.

■ Präsidentschaftswahl Indonesien 2004 2. Wahlgang (20. September) – Amtliches Endergebnis

Kandidatenpaare (Präsidentschaft/ Vizepräsidentschaft)	Stimmen absolut	Stimmen- anteil (in Pro- zent)	Ge- won- nene Pro- vinzen (32)
Megawati Sukarnoputri/ Hasyim Muzadi	44990704	39,38	3
Susilo Bambang Yud- hoyono/ Muhammad Jusuf Kalla	69266350	60,62	29
Wahbeteiligung		75,35	

Nach dem überwältigenden, aber keinesfalls unerwarteten Sieg ihres Herausforderers Susilo Bambang Yudhoyono in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen am 20. September verharrte die abgewählte Präsidentin in Ungläubigkeit über das, was an

den Wahlurnen passiert war, in ihrem Amtssitz. Die Art und Weise, wie die scheidende Präsidentin nach dem Wahlergebnis mit ihrem gewählten Nachfolger umging, löste fast ausnahmslos bei allen politischen Beobachtern und vor allem in den indonesischen Medien zum Teil scharfe Kritik aus. Kein Wort des Eingeständnisses ihrer Wahlniederlage noch gar eine zumindest förmliche Gratulation an die Adresse Yudhoyonos kamen ihr über die Lippen. Grotesk wirkte vor diesem Hintergrund die Aufforderung der Präsidentin in ihrer Rede am 5. Oktober, dem Streitkräftetag, zu akzeptieren, „wer auch immer gewählt wurde“, wobei Megawati die einzige zu sein schien, die Probleme bei der Befolgung ihres eigenen Ratschlags hatte. Irrational erschien in diesem Zusammenhang nämlich besonders ihr Abblocken einer offiziellen Zusammenkunft mit dem Wahlsieger Yudhoyono vor der Amtsübergabe am 20. Oktober, sehr zu dessen Unbehagen. „SBY“ hatte öffentlich erklärt, sich mit allen politischen Kräften des Landes in einer Geste nationaler Einheit zu seinem Amtsantritt „versöhnen“ zu wollen. Versöhnung, ließ die Amtsinhaberin daraufhin verlautbaren, sei nur etwas für kriegsführende Parteien und daher in diesem Fall irrelevant. Fest steht, Megawati hat es Yudhoyono nie verziehen, dass er ihr nicht frühzeitig – so ihre Perspektive – seine Absicht zur Kandidatur offenbarte, sondern dies erst zwei Tage nach seinem Rücktritt Mitte März tat, den er nicht zuletzt nach unterschwelligem Querelem mit der Staatschefin und vor allem deren Ehemann, dem einflussreichen Parlamentarier ihrer Partei PDI-P, Taufik Kiemas, einreichte und der ihm, so sagen es Umfragen, einen enormen Popularitätszuwachs in der Bevölkerung einbrachte. Es erscheint daher auch nicht mehr verwunderlich, dass eine der letzten politischen Erklärungen Megawatis die Forderung zum Inhalt hatte, dass Kabinettsmitglieder, die die Absicht hegten, für das Präsidentenamt zu kandidieren, dies mit einer mehrmonatigen Frist vor dem Wahltermin ankündigen und von ihren Ämtern zurücktreten müssten. Nicht auszuschließen ist aber auch, dass sich Megawati, ähnlich einigen Mitgliedern anderer in Asien langjährig regierender Clans, der Selbsttäuschung eines gewissermaßen natürlichen Rechts der Familie Sukarno, Indonesien zu regieren, hingeben haben könnte. Dafür spricht ihre Er-

10) *Time*, 1. November 2004, S. 9.

11) Vgl. *Jakarta Post*, 19. Oktober 2004; Übersetzung aus dem Englischen durch den Autor.

klärung am Tag der Amtseinführung Yudhoyonos: „Wir haben nicht verloren, es hat uns nur an Stimmen gefehlt.“¹⁰⁾ Wobei sie nach Presseberichten gleichzeitig ankündigte, ihre Partei PDI-P bis 2009 zu einem politischen Comeback zu führen.

Die indonesischen Medien hatten sich naturgemäß aus Anlass der Amtsübergabe einer kritischen Bestandsaufnahme der Präsidentschaft Megawatis gewidmet. Dabei fiel ein Kommentar der *Jakarta Post* deutlich aus dem Rahmen, weil gerade dieses Blatt im Wahlkampf eine außergewöhnliche Parteinahme zugunsten der Präsidentin an den Tag gelegt hatte und es deshalb überraschte, mit welcher verbalen und argumentativen Härte die Zeitung nunmehr ihre Bilanz der Ära Megawati zog. Auszüge dieser Bestandsaufnahme unter dem Titel „Mega Wer?“ lasen sich folgendermaßen¹¹⁾:

- „Es gab signifikante Defizite in ihrer dreijährigen Präsidentschaft, aber zumindest [...] brachte sie uns politische Stabilität und freie Wahlen. Die erwartete Größe im Eingeständnis der schweren Niederlage würde ihren Platz in der Geschichte Indonesiens nur zementieren. Dachten wir zumindest.“
- „Viele haben ihrer Präsidentschaft politische Stabilität zugeschrieben. Die Gründe dafür können aber vielmehr der Lethargie der Parlamentarier und dem Wunsch nach Ruhe im Gefolge der Kakophonie der Präsidentschaft Abdurrahman Wahids zugeordnet werden.“
- „Sie hat die Nation aufgerufen, das Wahlergebnis zu akzeptieren, aber ihre fehlende Würde, dem Gegner – zum frühesten günstigen Zeitpunkt – förmlich zu gratulieren, ist bedauerlich.“
- „Die Ära der Reform ereignete sich trotz [Megawati] und weniger wegen ihr“.
- „Hinsichtlich von Führung hat es die Präsidentin oft [...] vermieden, solche Rollen zu übernehmen, entweder aus Ignoranz oder aus Inkompetenz.“
- „Wir beginnen zu glauben, dass in unserer Gesellschaft zunehmend diejenigen, die von Macht vergiftet wurden [...], sie nicht freiwillig aufgeben.“
- „Man kann noch immer verlieren ohne ein Verlierer zu sein. Unglücklicherweise benimmt sich

die Präsidentin wie letzterer. Unter Berücksichtigung ihrer jüngsten Verhaltensweisen sind wir dankbar, dass ihre Amtszeit eher früher anstatt später zu Ende geht.“

Die in ihrem persönlichen Stolz schwer gekränkte Noch-Staatschefin ließ zwei Tage vor dem Amtswechsel bekannt geben, sie werde an dessen Vereidigung nicht teilnehmen, ein Verhalten, dass kaum noch jemand verstand.

Yudhoyonos Kabinett mit Licht und Schatten

Unterdessen entwickelte der künftige Präsident eine Reihe von Aktivitäten, um sein neues Kabinett zusammenzustellen und die Strukturen des Regierungsapparates zu gestalten. Kandidaten für höchste Ämter wurden seit etwa einer Woche vor der Vereidigung Yudhoyonos nach dessen Einladung zu *job interviews* in seiner privaten Residenz in Bogor, einer Stadt vor den Toren Jakartas, vorgestellt. Der neue Staatschef stellte dann nach Amtsantritt sein Kabinett vor, das sich sowohl durch Personalkontinuität und neue Gesichter als auch durch einige mit allgemeiner Zurückhaltung aufgenommene Ernennungen auszeichnet.

Ressort	Name	Partei	Region	Jahrgang	Religion	Frühere / letzte Verwendung, Kommentare
Koordinierender Minister für politische, Sicherheits- und Rechtsangelegenheiten	Adm. (ret) Widodo Adisup-tjipto		Java	1944	Islam	Chef der Streitkräfte unter Präsident Wahid
Koordinierender Minister für Wirtschaft	Aburizal Bakrie	Golkar	Sumatra	1946	Islam	2004 Präsidentschaftskandidat von Golkar; Geschäftsmann; ehemals Vorsitzender der indonesischen Handelskammer KADIN
Koordinierender Minister für Soziales	Prof. Alwi Shihab, Ph.D	PKB	Sulawesi	1946	Islam	Der Parteichef der PKB war unter Wahid Außenminister, gilt als integer und Vertreter eines moderaten Islam
Inneres	Lt. Gen. (ret) Mochtar Ma'aruf		Java	1942	Islam	Der General a.D. war Wahlkampfchef von SBY.

Ressort	Name	Partei	Region	Jahrgang	Religion	Frühere / letzte Verwendung, Kommentare
Auswärtiges	Dr. Noer Hassan Wirajuda SH MALD LLM		Sundanesen	1948	Islam	Der Karrierediplomat behält seinen Ministerposten.
Verteidigung	Prof. Dr. Juwono Sudarsono		Java	1942	Islam	Unter Wahid erster ziviler Verteidigungsminister Indonesiens; war zuletzt Botschafter in Großbritannien
Justiz und Menschenrechte	Hamid Awaluddin Ph.D		Sulawesi	1962	Islam	Mitglied der Nationalen Wahlkommission
Finanzen	Yusuf Anwar SH MA		Sundanesen	1941	Islam	Exekutiv-Direktor der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), ehemals Leiter der Börsenaufsichtsbehörde und Generalsekretär im Finanzministerium
Bergbau und Energie	Dr. Ir Purnomo Yusgiantoro, M.Sc., MA		Java	1951	Islam	Bleibt weiterhin Minister für Bergbau und Energie; derzeit auch amtierender Generalsekretär der OPEC
Industrie	Dr. Adung A. Nitimiharja		Java	1950	Islam	Vizevorsitzender des National Investment Board
Handel	Dr. Mari Elka Pangestu		Java	1956	Christ	Einziges Kabinettsmitglied chinesischer Abstammung, ehemals Direktorin des Think Tanks „Centre for Strategic and International Studies“ (CSIS), Dozentin der Wirtschaftsfakultät an der Universität von Indonesien (UI)
Landwirtschaft	Dr. Ir Anton Apriyantono MS		Java	1959	Islam	Dozent am Agrarinstitut Bogor (IPB)
Forsten	Malam Sambat Kaban SE MSi	PBB	Sumatra	1958	Islam	Generalsekretär der PBB, Mitglied des Repräsentantenhauses (1999–2004)

Ressort	Name	Partei	Region	Jahrgang	Religion	Frühere / letzte Verwendung, Kommentare
Verkehr	Hatta Radjasa	PAN	Sumatra	1953	Islam	Staatsminister für Forschung und Technologie unter Megawati; wechselt des Ressort
Meeresfragen und Fischerei	Freddy Numberi		Papua	1947	Christ	SBY hatte zugesagt, einen Papua ins Kabinett zu nehmen; war Botschafter in Italien; ehemaliger Staatsminister für Verwaltungsreform unter Wahid und Gouverneur von Irian Jaya
Arbeitskräfte und Binnenmigration	Fahmi Idris	Golkar	Java	1943	Islam	Ehemals Minister im selben Ressort unter Habibie; ist der prominenteste Golkar-Dissident, dem die Partei deshalb das Abgeordnetenmandat entzogen hat.
Öffentliche Versorgungsbetriebe	Ir. Joko Kirmanto Dipl. HE		Java	1943	Islam	Generaldirektor im Ministerium für Wohnungswesen und Regionale Entwicklung
Gesundheit	Dr. Siti Fadilah Supari		Java	1950		Dozentin für Kardiologie an der Universität von Indonesien (UI)
Bildung	Prof. Dr. Bambang Soedibyo MBA	PAN	Java	1952	Islam	Dozent an der Gajah Mada-Universität (UGM) Yogyakarta, ehemals Finanzminister unter Wahid
Soziales	Bachtiar Chamsyah SE	PPP	Aceh	1945	Islam	Bleibt weiterhin Sozialminister
Religionsangelegenheiten	Mohamad Maftuh Basyuni		Java	1939	Islam	Bislang Botschafter in Saudi-Arabien
Staatsministerium für Kultur und Tourismus	Ir. Jero Watjik	PD	Bali	1949	Hindu	Wahlkampfteam von SBY, Hotelier, Tourismusunternehmer
Staatsministerium für Forschung und Technologie	Kusmayanto Kadiman Ph.D		Java	1954	Islam	Rektor der Technischen Hochschule Bogor (ITB)

Ressort	Name	Par- tei	Re- gion	Jahr- gang	Reli- gion	Frühere / letzte Ver- wendung, Kommen- tare
Staatsministerium für Kooperativen sowie Klein- und Mittelunterbetrieb	Drs. Sur- yadarma Ali	PPP	Java	1956	Islam	Vorsitzender des Reli- gionsausschusses im Repräsentantenhaus (1999–2004)
Staatsministerium für Umwelt	Rachmat Nadi Witoe- lar Kartaadi- poetra		Java	1941	Islam	Mitglied im Wahl- kampfteam von SBY; ehemals Botschafter in Russland; einer der ersten Förderer von SBY und der Partai Demokrat
Staatsministerium für Frauenfrage	Dr. Meutia Farida Hatta Swasono	PKP	Su- matra	1947	Islam	Dozentin für Anthro- pologie an der Univer- sität von Indonesien (UI); Tochter des ersten Vizepräsidenten Hatta, der die Einführung der Scharia verhinderte; Exponentin der laizisti- schen Strömung
Staatsministerium für Verwaltungs- reform	Brigade- General der Polizei Drs. Taufik Effend MBAi	PD	Kali- man- tan	1941	Islam	Vize-Assistent der Ab- teilung verdeckte Er- mittlung der Polizei der Provinz Ost-Nusa Tenggara (NTT)
Staatsministerium für die Entwick- lungsbeschleuni- gung rückständiger Regionen	Syaifulah Yusuf	PKB	Java	1964	Islam	PKB-Generalsekretär, Mitglied des Repräsen- tantenhauses für PDI-P (1999–2002) und für PKB (2002–2004); Nef- fe von Wahid
Staatsministerium für Staatsunterneh- men	Sugiharto	PPP	Java	1955	Islam	Gesellschafter und Finanzdirektor eines Energieunternehmens
Staatsministerium für Information und Kommunika- tion	Dr. Sofyan A. Djalil SH MA MALD		Aceh	1953	Islam	Mitglied im Wahl- kampfteam von SBY; Partner einer Rechtsan- waltskanzlei; Mitglied im Expertenteam des Justizministeriums
Staatsministerium für Wohnungsbau	Drs. M. Yu- suf Ansha- riak MSi	PKS	Java	1945	Islam	Direktor beim Fern- sehsender RCTI

Ressort	Name	Partei	Region	Jahrgang	Religion	Frühere / letzte Verwendung, Kommentare
Staatsministerium für Jugend und Sport	Adyaksa Dault SH MSi		Sulawesi	1963	Islam	Vorsitzender der indonesischen Vereinigung der Rechtsberater (IPHI), selbständiger Rechtsanwalt
Minister und Chef des Staatssekretariats	Prof. Dr. Yusril Ihza Mahendra	PBB	Belitung (Malay)	1956	Islam	bislang Justiz- und Menschenrechtsminister sowie Vorsitzender der PBB
Kabinettssekretär	General Mayor (ret.) Sudi Silalahi		Sumatra	1949	Islam	Alter enger Freund von SBY, Mitglied in dessen Wahlkampfteam, davor als Sekretär von SBY im Koordinationsministerium für Politik und Sicherheit
Vorsitzende der Nationalen Planungsbehörde	Dr. Sri Mulyani Indrawati		Java	1962	Islam	Exekutivdirektorin des IWF für Asien; war als Finanzministerin gehandelt worden, aber gegen sie bestanden Vorbehalte der islamischen Parteien PKS und PBB
Generalstaatsanwalt	Abdurrahman Saleh SH MH		Java	1941	Islam	Richter am Obersten Gerichtshof; früher Vorsitzender einer wichtigen Nichtregierungsorganisation für Rechtshilfe

Wie zu erwarten, wurden Schlüsselpositionen mit erfahrenen Technokraten sowie mit Vertrauensleuten des Präsidenten besetzt, dies gilt besonders für das sicherheitsrelevante Ressort Inneres und den Koordinierenden Minister für Politik, Sicherheit und Recht, für die zwei der insgesamt vier Ex-Generäle und -Admiräle, die dem Kabinett angehören, zuständig sind. Mit dem angesehenen Professor Juwono Sudarsono ernannte der Präsident, wie angekündigt, einen zivilen Verteidigungsminister. Vizepräsident Kalla nahe stehende Persönlichkeiten bestimmen den Wirtschaftsbereich und bilden in Gestalt des Koordinierenden Ministers für Wirtschaft, Aburizal Bakrie, die Verbindung zu der dem Vizepräsidenten noch

immer kritisch gegenüberstehenden Führung seiner eigenen Partei Golkar. Die unverändert hohe Anzahl der Kabinettsmitglieder (gar noch eine Position mehr als in der Vorgängerregierung) ist kein Zeichen für eine künftig schlankere und effizientere Verwaltung. Mit vier Frauen gibt es zwei weibliche Kabinettsmitglieder mehr als unter Megawati. Die Kabinettsstruktur ist im Wesentlichen gleich geblieben mit drei Koordinierenden „Superministerien“, die allerdings weder über eine institutionelle Struktur noch über eigene Ressourcen verfügen, 18 Ministerien, 13 Staatsministerien ebenfalls ohne landesweiten Unterbau und zwei Funktionsträgern mit Ministerrang (Generalstaatsanwalt und Kabinettssekretär).

Der neue Präsident hatte avisiert, die Mehrzahl der Ministerposten (60 Prozent) an parteilose Fachleute vergeben zu wollen; damit befand er sich in Übereinstimmung mit zwei Dritteln der Indonesier, die laut einer Umfrage des Nachrichtenmagazins *Tempo* eine solche Begrenzung des parteipolitischen Einflusses auf die Ressorts begrüßten, aber scheinbar mit dem für eine Demokratie grundlegenden Prinzip der politischen Leitung eines Ministeriums noch immer negative Assoziationen verbinden.¹²⁾ Das Ministeriumsteam, von Yudhoyono selbst offiziell als „Vereinigtes Indonesien-Kabinett“ getauft¹³⁾, weicht ungeachtet dessen von einem bisher zentralen Grundsatz indonesischer Politik ab, nämlich der Einbeziehung von Angehörigen aller wichtigen Parteien ins Kabinett. Das gilt in erster Linie für die Megawati-Partei PDI-P, jedoch nicht für Golkar, obwohl diese wiederholt bestätigt hat, eine Oppositionsrolle einnehmen zu wollen. Angesichts der sich auch im neuen Repräsentantenhaus abzeichnenden Blockbildung in regierungsnahe und –kritische Fraktionen könnte dies erstmals eine Abkehr von dem traditionellen, vornehmlich javanischen, überhöhten Konsensdenken hin zu einer demokratischen Oppositionskultur bedeuten.

Das Kabinett wurde in Pressekommentaren als eine in vieler Hinsicht konservative und vorsichtige Regierungsmannschaft bewertet: skeptisch äußerten sich Beobachter zu der hohen Anzahl von acht Ministern, die bereits unter den Präsidenten Wahid und Megawati gedient hatten – einer gar noch unter Suhartos Nachfolger Habibie –, was im Zusammenwir-

12) Vgl. *Tempo*, 25. Oktober 2004, S. 6.

13) Vgl. *Jakarta Post*, 22. Oktober 2004.

ken mit einer im Schnitt eher älteren als jüngeren Riege allgemein nicht als ermutigendes Signal für wünschenswerten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel und damit im Widerspruch zur Essenz des Direktmandats von Yudhoyono gesehen wurde. Ihm wurde vorgeworfen, trotz seiner ungewöhnlich starken Unterstützung durch die Bevölkerung zu viele Kompromisse bei der Besetzung der Ministerien eingegangen zu sein; dies betraf insbesondere die Berufung des Koordinierenden Ministers für Wirtschaft. Gleichwohl gab es auch differenzierte Betrachtungsweisen. So wies *Tempo* darauf hin, dass Staatschef Yudhoyono und Vizepräsident Kalla als Koordinierende Minister der Megawati-Administration nie die Politik ihrer Präsidentin offen kritisiert hätten. „Es gibt daher gute Gründe zu glauben, dass 70 Millionen Menschen nicht deshalb für sie gestimmt haben, weil sie neue Politiken angeboten haben, sondern weil sie als regierungsfähiger angesehen wurden als Megawati Sukarnoputri. Davon abgesehen, haben immer noch mehr als 45 Millionen Menschen für Megawati gestimmt, die außer ihrem Vizepräsidentenchaftskandidaten nichts geändert hat. Es ist daher fair zu sagen, dass mehr als 100 Millionen Indonesier eigentlich nachhaltigen und nicht radikalen Wandel wollten.“¹⁴⁾ Mit diesem Kabinett könnte Yudhoyono genau diesem Wunsch entsprechen: seine derzeitige Komposition erlaubte ihm jedenfalls, gegebenenfalls Auswechslungen ohne allzu schmerzliche Verluste von Schlüsselpersonen vorzunehmen.

■ Erwartungen

Umfragen angesehener indonesischer Institutionen¹⁵⁾ belegen den in der Öffentlichkeit des Landes weit verbreiteten Glauben in die Fähigkeit des Teams Yudhoyono-Kalla, zentrale politische, wirtschaftliche und rechtliche Probleme des Landes lösen zu können. Deren Umfang aus der Sicht der für diese demoskopischen Untersuchungen Befragten ist beeindruckend, die zu überwindenden Herausforderungen äußerst komplex.

Gleichwohl zeigen sich nahezu zwei Drittel der Indonesier „sicher“ bzw. „sehr sicher“, dass die neue Administration nicht nur erfolgreich Armut und Arbeitslosigkeit bekämpfen, sondern auch die verfügbaren Einkommen erhöhen werde. Ohne Zweifel ist

14) *Tempo*, 1. November 2004, S. 9 (Übersetzung aus dem Englischen durch den Autor).

15) Vgl. *Voter View on the First 100 Days of the SBY-Kalla Government. Analysis of LSI Survey Findings October 2004*, Jakarta (Lembaga Survei Indonesia) 2004.

derzeit wichtigste Probleme Indonesiens (Oktober 2004)	Angaben in Prozent
teure Grundbedürfnisbefriedigung	47,7
Arbeitslosigkeit	21,9
Korruption, Nepotismus	5,7
Mangelnde Rechtsstaatlichkeit	3,7
Kriminalität	1,5
teure Gesundheitsfürsorge	1,5
Terrorismus	1,3
Drogen	0,8

dieser hohe Vertrauensvorschuss auch das Ergebnis einer langfristig angelegten politisch wirksamen Öffentlichkeitsarbeit des neuen Präsidenten, von dem profunde ausländische Kenner des Landes schon vor seiner Wahl sagten, er sei „das mediale Produkt einer gut geölten Wahlmaschine, das als Hoffnung für eine bessere Zukunft präsentiert wird. Seine politische Persönlichkeit ist aber eine weitgehend unbekannte Größe.“ Und weiter: „Er ist die momentan perfekte Kreuzung aus Zivilpolitiker und, in einem positiven Sinn, Militär. Er kann auf perfekte Imageberater zurückgreifen, die ihm kultur- und zielgruppenspezifisches Auftreten nahe gebracht haben.“¹⁶⁾ In die gleiche Richtung ging die vorläufige Bewertung des neuen Präsidenten durch den angesehenen *Economist*, der befand, er sei ein „schwer zu lesender Mann“.¹⁷⁾ Wie auch immer: Yudhoyonos wichtigste Herausforderung besteht in der Vermeidung der Kernfehler Megawatis. Während bei der Wahl 1999 deren PDI-P das Mittel zum Protest gegen die Suharto-Partei Golkar war, so fungierte Yudhoyonos DP 2004 in der gleichen Weise gegenüber der abgewirtschafteten PDI-P der Präsidentin. Es ist daher nicht auszuschließen, dass Fehlleistungen seiner Regierung SBY im Jahre 2009 ein vergleichbares Schicksal bereiten könnten. Ein Faktum ist, dass die Indonesier in diesem Superwahljahr gezeigt haben, dass sie von ihren Spitzenpolitikern konkrete Politiken und nachprüfbare Leistungen erwarten. Hierin liegt das eigentliche, positive Resultat des demokratischen Transformationsprozesses der vergangenen sechs Jahre. Ohne vorzeigbare Ergebnisse wird sich auch der erfolgreiche „Politikgeneral“ Yudhoyono seiner

16) Ingo Wandelt, 2004 – „Das Wahljahr in Indonesien. Ergebnisse der Parlamentswahlen und Vorschau auf die Präsidentschaftswahlen“ (Vortragstext vom 13. Mai 2004).

17) Vgl. *The Economist*

Wiederwahl in fünf Jahren nicht mehr sicher sein können. Entscheidender jedoch ist, dass auch die Bevölkerung zu begreifen beginnt, dass es auf ihre aktive Mitwirkung bei der Politikgestaltung ankommt und sie Teil der Lösungen für alle bestehenden Probleme ist.